

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drehtauschicht: Tageblatt Riesa.  
Vermerk Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststelle: Dresden 1550  
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 108.

Mittwoch, 10. Mai 1922, abends.

75. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, monatlich 12.— Mark ohne Beingerlohn. Einzelnummer 1.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen am bestimmten Tag und Höhe wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 8.50 Mark; zeitauflösende und tabellarische Tafel 50%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Vermittlungsgebühr 1 Mark. Beste Taxe. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsbeilage "Gröbaer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.**

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Kommunikationsweg 1. von Röderau nach Langenberg und 2. von Zeithain nach Moritz wegen Ausbringen von Wasserleitung zu 1. vom 12. bis 20. Mai und zu 2. vom 15. bis 27. Mai dieses Jahres für den Fahrverkehr aufgehoben und dieser inzwischen zu 1. über Röderau—Moritz—Langenberg und zu 2. über Langenberg oder Röderau verweisen.

Das unbefugte Verfahren des gesperrten Weges wird nach § 886<sup>1</sup> des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft.

Beithain, am 9. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

## Verteiltes und Sächsisches.

Riesa, den 10. Mai 1922.

\* Angeschwemmene Leiche. Heute morgen um 7 Uhr ist in der Nähe der bisherigen Dampfschiffhaltestelle eine männliche Leiche aus der Elbe gelandet worden. Es ist der 19-jährige Arbeiter Albeck aus Dresden, der seit 18. April d. J. vermisst wird, festgestellt worden. Seine Angehörigen sind in Dresden wohnhaft.

\* Vortrag. Im unteren Saale des Jugendheims (Fr.-August-Str. 9, G.) findet morgen abends 8 Uhr (siehe Vereinsnachrichten) eine Versammlung der Vereinigung Eltern statt, in der Herr Amtsgerichtsrat Prof. Dr. Müller aus Hainsberg-Barandt einen Vortrag über die neue Kirchenversammlung halten wird. Zu dieser Versammlung haben auch Nichtmitglieder Zutritt. Es ist sicher für viele Mitglieder der Kirchengemeinde von Riesa und Umgegend von hohem Interesse, aus berufenem Munde — der Herr Vortragende ist Mitglied der Landeskirchentag — Aufklärung über dieses wichtige Thema zu erhalten. Der Eintritt ist frei. Noch sei bemerkt, daß der Herr Vortragende Riesaer Kind ist, Sohn des ehemaligen Deern-Kantors Müller.

\* Die Tendenz der Preistreiberei wird gefordert. Der Verband Sächsischer Industrieller fordert die beschleunigte Tendenz der Preistreibereiordnung vom 8. Mai 1918. Nachdem die bisherigen Gesetzesänderungen sich auf Strafverschärfungen beschränkt haben, muß eine sozialen Gesellschaftsverbesserung, die sich den völlig geänderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen hat, mit aller Dringlichkeit erfolgen. Die Vereinigung der Waren allein auf Grund der Gestaltungskosten kann in einer vom Weltmarkt nicht mehr ausgeschlossen, vielmehr mittler in schärfster Konkurrenz stehender Wirtschaft nicht mehr aufrecht erhalten werden. Jeder Preis, der der Marktlage entspricht, muß als gerechter und angemessener Preis anerkannt werden. Der von der Reichsregierung favorisierte Begriff der Notmarktlage ist auf einen wesentlich klar umgrenzten Tatbestand zu beschränken. Ein Preis, der die Wiederbeschaffungskosten der veränderten Ware deckt, muß als berechtigt angesehen werden; ein solcher Preis enthält keinen übermäßigen Gewinn, sondern verhüttet nur einen gewollten Ausverkauf des Unternehmens, während die blöder von den Wucherbehörden geforderte, allein auf die Gestaltungskosten gestützte Berechnung erfahrungsgemäß die Verminderung des Betriebsvermögens zur Folge hat, da sie die Marktentwertung in völlig ungünstiger Weise verschärft. Endlich muß wiederholt gefordert werden, daß ausdrücklich der Reform der Buchergesetzgebung der Reichsmittelweg auch für die Buchergesetzgebung eröffnet und vor allem die Beseitigung von Branchenverträgen zu den Wucherbehörden stehen, noch vor Erledigung der Anklage und vor der Anordnung besonderer einschneidender Maßnahmen, wie Warenabschlagsnormen usw., vorgeschrieben wird.

\* Der Streit in den Postfabriken dauert fort. Ein vom Geheimen Regierungsrat Dr. v. Hegenbach am Montag morgen unternommener Vermittlungsvorschlag zwischen den Parteien scheiterte. Eine Streitversammlung, die sich mit diesen Einigungsbündnissen beschäftigte, stellte folgende Forderungen auf: 1. Anerkennung der vollen geforderten Lohnsätze für alle Beschäftigten. 2. Rechtslose Wiedereinführung und Aufhebung der ausgesprochenen Kündigungen. 3. Bezahlung der Streit-

\* Die Erhöhung der Postgebühren. WTB. meldet: Die Zeitungsnachricht, daß bei den letzten Verhandlungen über die Beamtengehälter ein Vertreter des Reichspostministeriums erklärt habe, bei Annahme der geforderten Sätze müsse die Gebühr für einen Fernbrief auf acht Mark erhöht werden, ist aus der Pust gestrichen. Wie die Deckung der durch die Gehaltsverhöhung bei der Post entstehenden Mehrausgaben erfolgen soll, steht noch nicht fest. In der jetzt dem Reichsrat zugegangenen Vorlage über die Veränderung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren zum 1. Juli und 1. Oktober ist auf die Mehrkosten aus Anlaß der noch bevorstehenden Gebaltserhöhungen keinerlei Rücksicht genommen. Es muß abgewartet werden, wie die Erhöhung der Eisenbahngütertarife auf die Gebührentwicklung des Post einwirkt.

\* Das Landheim für taubstumme Kinder in Gröba. Das von den Eltern und der Lehrerchaft längst erreichte Landheim für unsere taubstummen Kinder in Gröba konnte am 1. Mai eröffnet und seiner Benutzung übergeben werden. Unter reger Anteilnahme von Eltern, Lehrern und Freunden hielten die ersten Kinder mit ihrem Lehrer, Herrn Conrad, ihren feierlichen Einzug. Herr Taubstummenanstaltsdirektor Wenig führte in seiner Einweihungsrede aus, daß der neue erzieherische Geist der Lehrerchaft, in bester Übereinstimmung mit der Elternschaft, die Liebe für geweiht sind, den taubstummen Kindern ein Heim zu gestalten, als Schule in unmittelbarem Zusammenhang mit Natur und Leben, zur Freude und Förderlichen und geistigen Erziehung. Eine beträchtliche Geldspende aus Amerika und größere Geldbeträgen, die durch die rege Sammeltätigkeit der Eltern- und Lehrerchaft eingingen, hätten es ermöglicht, die günstige Gelegenheit zu ergreifen, ein Neues Landheim in Gröba

zu mieten. Der Zusammenschluß aller Freunde taubstummer Kinder zu einem Fundus gab dem Unternehmen das praktische, finanzielle und ideale Fundament. Großen Anteil an der Verwirklichung diente der Bund der wohlwollenden pädagogischen und wirtschaftlichen Förderung durch das Ministerium, der öffentlichen Lehrersehaft, dem unermüdlich tätigen Vorstand, den Bundesmitgliedern, den Gründern und Opfern und der Gemeindevertretung in Gröba. So sei nun unter Sorgen und Mühen, mit manchem Verschleiß und noch manchem Mühe das Hemd so weit, daß es seine Räume den Kindern öffnen könnte.

\* Die Kraftfahrzeuge neuer. Bei den wenigen neuen Steuern, die in weiten Kreisen des Volkes also gerechtfertigt angesehen werden, gehört sicherlich die Kraftfahrzeugsteuer, die am 8. April 1922 gelehrt wurde. Sie trifft die Benutzung von Kraftfahrzeugen, sei es zur Beförderung von Gütern, sei es von Personen zu Hause. Von der Steuer besteht kein Kraftfahrzeug, die sich im Besitz des Reichs, der Länder oder Gemeinden befinden und ausschließlich zu Feuerlöschzwecken, zur Feuerlöschförderung, zum Wegenbau oder zur Straßenentwässerung Verwendung finden, ferner Kraftfahrzeuge mit mindestens acht Sitzplätzen, die im Dienste der Wehrmacht oder der Polizei stehen, endlich Kleinstraßen, Kraftfahrzeuge zur Verbildung von Arbeitsgerüsten und solche, die den bewohnten landwirtschaftlichen Betrieben dienen. Steuerpflichtiger ist der Eigentümer des Kraftfahrzeugs. Die Steuerbeträge sind nach der Verwendung abgestuft. Bei Personenkraftwagen z. B. ist für jede Person 100 Mark zu zahlen; wenn mehr als sechs Personen erzielt sind, für jede weitere 200 Mark, wenn mehr als zehn Personen erreicht sind, für jede weitere 300 Mark und wenn mehr als vierzehn Personen erzielt sind, für jede weitere 400 Mark. Bei Postkraftwagen und Kraftomnibussen richtet sich die Steuer nach dem Eigengewicht des betriebsfertigen Fahrzeugs. Die Steuer ist vor der Benutzung des Kraftfahrzeugs gegen Löschung einer Steuertafel zu entrichten. Steuertafelrichtung wird mit einer Gelstrafe vom fünf- bis zehnfachen Betrage der Steuer bedroht. Daneben kann aber noch auf eine Gesamtstrafe bis zu sechs Monaten erkannt werden.

\* Postkästen während der heißen Jahreszeit. In den Vorjahren sind Postkästen mit Butter, Margarine oder anderen leicht schmelzbaren Fetten während der heißen Jahreszeit zur Postbeförderung nur dann zugelassen worden, wenn die Postkästen in festen Rüsten oder Kübeln verpackt waren. Im kommenden Sommer sollen nun aber die Postanstalten versuchsweise auch in Pappe schichten verwackte Butter- und Fettzündungen annehmen, wenn die Verpackung folgenden Bedingungen entspricht: Die Pappe schichten müssen aus genügend harter Leberpappe bestehen und möglichst fugenlos sein. Vor dem Einlegen der Postkästen sind die Behältnisse ganz mit seitlichem Verklebungspapier auszulegen, die einzelnen Butter- und Fettstücke selbst sorgfältig in un durchlässiges Papier einzuschlagen und die gefüllten Pappe schichten dann nochmals mit Verklebungspapier zu umhüllen. Das in Molkereien vielfach benutzte Papier mit Firmentaufdruck, sowohl es nicht durchaus festlich ist, kann zum Auslegen der Pappe schichten und zur Umhüllung der einzelnen Butter- und Fettstücke während der heißen Jahreszeit nicht als zweckentwickele angegeben werden. Die Pappe schichten müssen gut verklebt sein. Ferner ist es notwendig, daß die Postkästen vor der Verpackung und der Einschleifung zur Post mehrere Stunden in Kühlräumen gestellt werden. Nach den Bestimmungen der Postordnung hat der Absender jeden Schaden zu erlösen, der durch die Verzögerung nur bedingt zugelassener Gegenstände, zu denen auch Butter- und Fettzündungen während des Sommers gehören, entsteht. Das Reichspostministerium hat die Postanstalten angewiesen, auf Pakete, deren durchs Verpackung u. v. darauf schließen läßt, daß sie Butter, Margarine oder andere leicht schmelzbare Fette enthalten, in der heißen Jahreszeit besonders zu achten und dafür zu sorgen, daß solche Sendungen während der Postbeförderung nicht längere Zeit den Sonnenstrahlen ausgesetzt sind.

\* Eine Entschließung der Sächsischen Mietervereine. Auf der am Sonntag in Leipzig abgehaltenen außerordentlichen Tagung des Landesverbandes der im Bunde Deutscher Mietervereine (Sv. Dresden) zusammengekommenen sächsischen Mietervereine wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: Die sächsische Mieterenschaft erwartet von der Reichsregierung, daß diese mit der Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz dafür sorgt, daß die großen Gedanken des Reichsmietengesetzes trotz aller Widerstände durchgeführt werden, insbesondere die lauteten bei dem Gesetz von 1914 mit aller Entschiedenheit festgehalten, die Sankt der Erhaltung des bestehenden Wohnraumes durch Ausgestaltung des Haussontos und des Ausgleichsbonds auf breite Schultern gelegt und das Mitbestimmungsrecht der Mieter entsprechend ausgebaut wird. Außerdem wiederholt die Versammlung die der Regierung bereits bekannten Forderungen der Mieterchaft zum Mieterschutze; sie erwartet von der Reichsregierung, daß sie diese Forderungen auch dem Reich gegenüber vertritt und dem Reich gegenüber sich dafür einsetzt, daß auch das Wohnungsmangelgebot in einer Weise ausgefüllt wird, daß es die sichere und gerechte Rationierung

der bürgerlichen Pflichtfeuerwehrleistung und zwecks gründlicher Ausbildung der Pflichtfeuerwehrmannschaften ergeht hiermit an alle im Bereich der bürgerlichen Pflichtfeuerwehr freiwillig zur Verfügung zu stellen. Die Anmeldungen werden bis 30. d. M. erbeten und im Gemeindeamt entgegengenommen.

Weida bei Riesa, am 9. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

des vorhandenen Wohnraumes zur Besserung der in vielen Orten geradezu kritischen Lage der Wohnunglosen gewährleistet. Sie richtet die Aufmerksamkeit der Regierung von neuem darauf, daß der beste Mietersatz der Neubau und, und daß deshalb endlich durchzuführende Maßnahmen zur Sicherung der vorhandenen Baustoffe zu angemessenem Preis für den Wohnungsbau getroffen werden.

\* Die neue Elbeflotte der Tschechen. Auf Grund des Friedensvertrages und der Entstehung des amerikanischen Schiedsrichters haben die Tschechen bis Ende April auf der Elbe folgende Schiffe übernommen: von der Neuen Deutsch-Sächsischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden übernommen die Schleppdampfer Meissenburg, Brandenburg, Hessen, Sachsen, und 26 Frachtdampfer. Von der Deutsch-Österreichischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden übernommen die Schleppdampfer Hannover, D. O. D. Nr. 15, D. O. D. Nr. 17, der Hafenbambier Dresden und 8 Frachtdampfer. Von der Dampfschiffahrtsgesellschaft Elbe folgt noch die Übernahme des Hafenbampfers Albatros. Von Privatreedern wurden neun Frachtdampfer übernommen. Es folgt noch die Übernahme von 32 Frachtdampfern, von denen ein großer Teil der Schleppen und der neuen Norddeutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehören. Außerdem wurden sämtliche U-Boote der österreichischen Nordwest-Dampfschiffahrtsgesellschaft ins tschechoslowakische Eigentum übernommen. Die formelle Übernahme des U-Boots dieser Gesellschaft wird im Mai dieses Jahres erfolgen. Der Schiffspar der Österreichischen Nordwest-Dampfschiffahrtsgesellschaft besteht aus 9 Schleppdampfern, 11 Frachtdampfern, 11 Frachtdampfern, 11 Frachtdampfern, 62 Kilometer Schleppstrecken, 12 Güterfahrtzeugen, 11 Frachtdampfern, 62 Kilometer Schleppstrecken, 12 Güterfahrtzeugen, 11 Frachtdampfern, 7 Abfahrtsschiffen, 49 Gütern und 10 Pontons.

\* Verlängerte Geltung des Sommerfahrplanes. Die Geltung des Sommerfahrplanes, der am 1. Juni eingeführt wird, war ursprünglich bis zum 30. September vorgesehen. Seine Dauer ist jetzt bis zum 7. Oktober verlängert worden. Es gilt dies auch für die mannsfähigen Sommerzüge, die der neue Fahrplan vor sieht. Sie sollten bisher bis zum 30. September verkehren, laufen aber bis zum 7. Oktober einheitlich. Die Verlängerung ruht davon her, daß im bestehenden Gebiet in der Nacht vom 7. zum 8. Oktober die Rückfahrt von der Sommerzeit zu der westeuropäischen Zeit erfolgen wird. Die west-europäische Sommerzeit entspricht bekanntlich unserer mittel-europäischen Zeit. Im bestehenden Gebiet muß demnach mit dem 8. Oktober ein neuer Fahrplan eingeführt werden. Um den doppelten Wechsel des Fahrplans am 1. und 8. Oktober zu ersparen, tritt im ganzen Bereich der Fahrplanwechsel am 8. Oktober ein. Große Veränderungen bringt der Wechsel nicht mit sich, da der neue Fahrplan vom 1. Juni eigentlich einen Jahresfahrplan darstellt.

\* Gröba. In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1922 haben leider bis jetzt noch nicht ermittelte Personen auf der bürgerlichen Brückenstraße drei Einflüstererhöre abgedrohen und diese im Nebenum teil über angrenzende Bäume geworfen. Das hierdurch für Gefahren für die gerade auf dieser Straßenstraße zahlreichen Passanten bestanden und wie leicht diese an ihrer Gesundheit schweren dauernden Schaden erleiden könnten, braucht wohl nicht noch besonders erwähnt zu werden. Personen, die irgend welche Wahrnehmungen gemacht und Angaben über die Täter machen können, werden ersucht, dies umgehend im Gemeindeamt zu melden, damit die Freunde der wohlverdienten strengen Bestrafung zugeführt werden können.

\* Wittensee. Am vorigen Sonntag (7. 5.) abend spielte das Kreis-Trio in Wittensee. Was wir an dem Abend hörten, war durchweg recht gut. Die drei Herren (M. Dennis, G. Göbler, M. Kreigh) boten namentlich im „Menuetto“ aus Symphonie in Es-dur von W. A. Mozart und in den beiden Sägen aus „Trio I von J. Haydn“ hohe Kunst. Von Herren M. Dennis, den wir hier schon kannten, erwarteten wir nur beste Leistungen. Er hat uns nicht getäuscht. Herr G. Göbler möchte sich, bei aller Anerkennung seines Cellospiels, von Violine und Klavier nicht verdrängen lassen. Einiges kräftigst im Ton bei Melodieführung! Herr Kreigh spielte sehr gut Klavier; doch raten wir ihm, den anderen Instrumenten mehr die Oberhand zu lassen, sie nicht zu überlädt und nicht im Tempo zu treiben. Leider wurde sein Spiel oft stark beeinträchtigt durch unruhe Stimmung im Klavier. Nur gefällt: Der Abend war für uns, die wir weit vom Vorort der Kunst wegkamen, ein musikalischer Genuss. — Besonders dankbar zu begrüßen war die zahlreiche Zuhörerschaft. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt. Das ist ein Beichen dafür, daß man sich auch hier auf dem Lande, weitab von der Stadt, gern gute Musik anhört. Hoffentlich hat nicht viele Zuhörer nur die Regie zum Abend getrieben, was bei einigen, die sich während der schönen Darbietungen gemütlich weiter unterhielten, leider der Fall zu sein scheint. Danke für die Leute das Eintrittsgeld nicht! Wir danken dem Kreis-Trio für den Abend. Hoffentlich spielt Herr M. Dennis, der ja ein Wittenseer Kind ist, recht bald wieder mit seinen Freunden bei uns.

\* Böhlen. In der Stadtverordnetenversammlung erklärten die Winksparteien, ihre Zustimmung zur Erhöhung des Gaspreises nur geben zu können, wenn er für Bedürftige verbilligt werde. Der Rat hat deshalb beschlossen,

100 000 M. aus den Überstüppen des Hauses vom Jahre 1920 dem Wohlfahrts- und Fürsorgeaufbau zur Übereignung von Spons an Bedürftige für die Bezahlung der Rechnungen zur Verhauung zu stellen. Der geplante Umbau des Stadtkrankenhauses wird jetzt schon auf 4%, M.D. veranschlagt, was ebenfalls zu längerer Aussprache führt.

Dresden. In der letzten Zeit waren in Dresden mehrfach Einbruchsbüchsen verloren und dabei Gute von erheblichem Wert gestohlen worden. So wurden beispielsweise am Kartreit in der Grusowstraße Tropfen im Werte von über 20000 Mark gestohlen. Von der Kriminalpolizei konnte jetzt eine ganze Diebes- und Dieblerbande, zumeist Berliner Verbrecher, ermittelt und festgenommen werden.

Schandau. Ein kleiner Junge war am Sonntag nachmittag beim Spielen in der Nähe des Kurhauses in die Arznei gefallen. Am derselben Augenblick passierte ein Auto diese Stelle. Ein Insasse des Kraftwagens sprang kurz entzückt dem Verunglückten nach und rettete ihn vor dem Tode des Getriebes.

Bittar. Die Leidensnot in der Landwirtschaft kommt in einer Anzeige zum Ausdruck, die ein Landwirt in einem kleinen Blatt veröffentlicht. Er gibt nämlich darin bekannt, daß er wegen Dürtemangel auf den Kartoffelanbau verzichten und seine Kartoffelfelder verkaufen müsse.

Hauen. Enorme Holzpreise zeitigen die in der Haushalteten Holzverkäuferungen. Bei einer Holzauktion in den kantischen Forsten des Hochwaldes wurde für 1 Meter Brennholz bis zu 800 Mark geboten. Rechnet man hierzu Lohn, Fracht und Verdienst, so kostet 1 Meter Brennholz im Kleinhandel gegen 1000 Mark. Bei einer Versteigerung im Raumstadt bei Ebersbach wurden bis 625 Mark geboten. Für die verkeilerten 700 Meter Brennholz und 207 Meter Fleißig wurden gegen 45 000 Mark gezahlt. Wenn man bedenkt, daß das nur Abfall vom Nachschlag ist, kann man sich vorstellen, welche Preise für Rohholz geboten werden. Vor dreikäufig Jahren konnte die Gemeinde Ebersbach den ganzen Raumstadt für 100 000 Mark kaufen, sie bot aber nur 90 000 Mark.

Waldheim. Die diamantene Hochzeit konnte am Sonnabend Herr Haubach und Schuhmachermeister Karl Gottlieb Richter im benachbarten Reichenhof mit seiner Gattin Amalie geb. Kirchhübel abfeiern. Beide Eheleute sind Körperlich und geistig noch rüstig.

Chemnitz. Ein Raubmord wurde, wie die „Neuen Nachrichten“ aus Oederan melden, in der Nacht zum Dienstag in Reichsdorf verübt. Mehrere Räuber drangen in das Schlafzimmer des Fleischhändlers Israel ein und erschossen diesen, als er sich zur Wehr setzte. Die Frau Israels wurde durch einen Streifschuß verletzt. Die Räuber nahmen einen Rucksack mit, in dem sie Geld vermuteten, das sich jedoch an einer anderen Stelle befand. Von den Tätern hat man bisher keine Spur.

Gersdorf, Kreis Chemnitz. Ein Hohl aus der Tierwelt ist bei einem hiesigen Arbeiter zu sehen: eine Rose mit drei Jungen, die augleich vier kleine Kaninchen, denen die Mutter stark häuft.

Switsian. Die Einnahme des Notgeldes des Bezirksverbandes Switsian ist beendet. Von den ausgeteilten Kleingeldscheinen im Gesamtbetrag von rund 800 000 M. sind nur rund 550 000 M. in die Kasse zurückgekommen, so daß sich zusätzlich das Einstromen und nach Abzug der Unkosten ein Gewinn von 200 000 M. ergibt.

Schorlaeu. Der Stationsmonteur Böhl aus Burkardsgrün war im benachbarten Alberna im Transformatorenhaus beschäftigt. Es kam dabei der Starkstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet.

Schwirzwalde. Der Stadtgemeinderat hat beschlossen, für Errichtung von 17 Wohnungen ein Bezirksdarlehen von 3 Millionen Mark aufzunehmen.

Deutschendorf i. Crat. Das gelebte Alter von 90 Jahren vollendete hier in geistiger Freiheit, umgeben von vier Generationen, Frau verm. Bäckerin Fabian Kluge.

Schöneck. Bei einem Ausflug mit Motorrädern, den am Sonntag zwei Chemnitzer Fahnpaare ins obere Vogtland unternommen hatten, sind die beiden Männer zwischen Markneukirchen und Schöneck an schweren Schaden gekommen. Einer stiegte der eine und zog sich schwere Verletzungen zu, und als der andere mit seiner Maschine einen Arzt zur Hilfe herbeiholen wollte, nahm er eine Kurve zu kurz und stürzte eine steile Böschung hinab, sodass auch er erheblich verletzt wurde. Beide muhten ins Krankenhaus gebracht werden.

## Die Zuckersknappheit.

Unzählige der gegenwärtigen Zuckersknappheit in Berlin hat der Berliner Magistrat an den Preußischen Staatskommissar für Volksernährung nachstehendes Schreiben gerichtet: „Die Versorgung des Reichshauptstaates mit Zucker hat sich seit langerem sehr erheblich verschlechtert. Dem weitaus größten Teil der Bevölkerung ist es schon eine Reihe von Wochen hindurch kaum noch möglich, auch nur die für den Haushalt unbedingt erforderlichen Mengen sich zu beschaffen. Ebenso laufen vom Kleinhandel fortwährend Klagen über mangelnde Belieferung mit Zucker durch den Großhandel ein. Im Bezirksamt Neukölln sind die dortigen Apotheken bisher vorstellig geworden und haben dringend die Belieferung mit Zucker gefordert, da sie außerstande wären, solchen im freien Handel zu erlangen. Bekannteste Klagefälle erschallen von allen Seiten. Nach Ansicht der leitenden Ärzte der Südlings- und Kleinkinderfürsorgeanstalten und auch nach Aussicht der südlichen Deputation für das Gesundheitswesen ist bei langerer Dauer des jetzigen Zustandes mit dem Auftreten ernster Gesundheitsstörungen, besonders bei jungen Flaschenkindern, zu rechnen. Die Kinderärztekammer hat auf unter Drängen nunmehr für den Monat Mai ein Quantum Zucker in Aussicht gesetzt, das es ermöglichen soll, wenigstens für die Kinder im ersten Lebensjahr eine auf Milchkartens ausgebende Menge von zwei Pfund je Kopf sicherzustellen. Diese Maßnahme allein kann aber keinesfalls ausreichen. Wir bitten mit allem Nachdruck, daß Sie befugt seien zu wollen, daß baldigst eine wenigstens annähernd ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Zucker erreicht wird.“

Hierzu bemerkt der „Berl. Volksanzeiger“: „Mit dieser Feststellung, daß es so nicht weiter gehen kann, daß der Magistrat vollkommen recht! Es ist außerordentlich betrübend, daß jede Zeigtage eines Nahrungsmittels zum freien Verkauf Zurückhaltung, Verziehung und Verwaltung der bestellenden Ware im Gefolge hat.“

## Politische Renerungen.

Unser preußischer parlamentarischer Mitarbeiter schreibt uns:

„Gest unbedankt von der Öffentlichkeit hat sich in der vergangenen Woche im Preußischen Abgeordnetenhaus ein Borgang abgespielt, der den Sprung des guten Denkmals doch endlich einmal übigen zu stricken scheint. Es haben nämlich Vertreter der hamburgischen Regierung in feierlicher Sitzung Gelegenheit gehabt, vor den Mitgliedern eines preußischen Landtagsausschusses die Grundzüge der dambergischen Politik in einer zwischen Preußen und Hamburg schwebenden Einigkeitseinheit — in der Freien Groß-Hamburg —

durchzulegen. Der Vetter der Verantwortung, Staatsminister Dr. Scholz, nannte es eine „reizvolle und entwicklungs-fähige Renerung“ in unserer Verwaltungspraxis und im deutschen Staatsrecht, daß die Vertreter einer Landesregierung unmittelbar zu der Volksvertretung eines anderen Landes reden können. Das ist in der Tat Abschaffung von Geheimdiplomatie. Man hätte für diesen Anfang noch eine gewisse Art des Vertrags gewählt und nicht den Frieden als solchen, sondern nur die Mitglieder des Ausschusses als Vertreter zusammengefaßt. Aber das ist mir eine Formalität und ändert an der Sache selbst nichts. Es wäre vielleicht gar nicht übel, wenn gelegentlich einmal eine preußische Abordnung im bayerischen Landtag anwände und wäre dort aufzuführend und mildern würden könnten, wenn die Wogen der bayerischen Königslands gegen Preußen besonders hoch gingen, die bayerische Volksstimmung sonst und der Patriotismus von der Partei keine Trümmer läßt. Diese Abordnung brauchte ja nicht gerade durch Abolf Hoffmann oder den ehrenwerten Herrn Rat geführt zu werden! Und andererseits diente es gewiß manchmal zu einer ruhigen und guten Verständigung, wenn die großbürgerlichen, aber reichen bayerischen Bauern den geschleierten Großhändlern frei von der Peine erzählen könnten, was sie bedroht. Auch in diesem Falle brauchte ja nicht gerade der Hofrat Müller als Vetter mitzutun.“

Eine andere Neuerung, die auch mit der Groß-Hamburg-

Frage zusammenhängt, ist die Einführung des eben schon erwähnten Ausschusses im Preußischen Landtag, der nicht wie sonst Ausschüsse über eine Vorlage der Regierung oder über eine Initiativvorlage aus dem Hause, also jedenfalls über eine Vorlage, welche eine erste Lösung im Hause vorsieht hat, zu beraten, sondern lediglich eingelegt werden soll, um „der Staatsregierung in den schwiebenden territorialen Fragen beratend zur Seite zu stehen“. Das eine solche unklare Zweckbestimmung und Umsetzung von Rechten und Pflichten über kurz oder lang an einem Konflikt überhaupt kann, ist jedenfalls sehr zu befürchten. An allen politischen Fragen, die ein Land angeht, namentlich aber in seinen Beziehungen zu anderen Ländern, sei es deutlich, ist es außerdeutschen, muß unbedingt die Regierung die Führung in der Hand behalten, schon der notwendigen und unerlässlichen Einheitlichkeit des Auftretens wegen. Nur in ganz besonderen Fällen wird sie von mir aus vielleicht den Wunsch begreifen, den unten Rat eines Ausschusses der Volksvertretung zu hören, wie es tatsächlich auch mehrfach schon während des Krieges und noch bis in die allerletzten Tage hinein in Preußen und im Reich geschehen ist. Aber im vorliegenden Falle hat nicht die Regierung den Wunsch gehabt, die Volksvertretung zu hören, sondern die Parteien haben ohne Rücksicht der Regierung einen Ausschluß eingesetzt, der die Regierung „beraten“ soll, d. h. mit anderen Worten, ihr die Initiative aus der Hand windet. Denn ein Rat, der nach der Tat kommt, ist kein Rat mehr.

Ebensoviel wie eine Tat, die auf den Rat eines anderen vorgenommen wurde, eine selbständige Tat ist. Wenn aber die Regierung in irgend einer Sache nicht mehr den eigenen Willen wälzen läßt, sondern sich hinter die Volksvertretung oder einen ihrer Ausschüsse verkriecht, dann trägt sie auch keine Verantwortung mehr, sondern kann diese auf das Parlament werfen. Damit ist eine sehr wichtige Folge sehr eng verknüpft: In einem solchen Falle wäre nämlich das Parlament dann berufen, das selbst zu kontrollieren, während es in Wirklichkeit doch dazu da ist, die Regierung zu kontrollieren. Da im staatsrechtlichen Sinne niemand sich selbst kontrollieren kann und darf, hört die Kontrolle damit überhaupt auf. Das Parlament, das heute Träger der Volks- und Staatssovereinheit ist, greift auf seiner Spalte in die der Exekutive über, was genau so falsch wie politisch verderbt ist. Es ist erstaunlich, daß unsere Herren Parlamentarier, die immer auf eine Erweiterung der Parlamentszuständigkeit und auf möglichst weitgehende Abschwächung der Widerstände dagegen verfechten sind, diesen eindeutigen staatsrechtlichen Sachverhalt und die gefährliche Erweiterung nicht sehen wollen.

An die Einführung dieses „beratenden“ d. h. in Wirklichkeit also mindestens auf einem Gebiete regierender Ausschusses kann ich noch eine recht interessante staatsrechtliche Auseinandersetzung in Preußen anknüpfen, auf die wir unsere Leser schon heute im voraus hinweisen wollen.

## Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses.

Am Freitag, den 5. Mai 1922, vormittags 9 Uhr fand im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain unter Leitung des Herrn Regierungsrates Dr. Börsdorf Sitzung des Bezirksausschusses statt.

Kenntlich genommen wurde von Mitteilungen des Herrn Vorsitzenden, sowie von einer Erhöhung des Mitgliedsbeitrags des Verbandes der sächsischen Bezirksverbände.

Einverstanden war der Bezirksausschuss mit der Aufstellung eines Milchregulatius, mit Anstellung eines Prüfungsausschusses und Bekämpfung der notwendigen Prüfungsgeräte, ferner mit Befüllung des Bestandes des Sammellands für in Asyl kämpfende Krieger zum Verein Heimatbank, mit dem Nachtrag zum Ortsstatut der Gemeinde Frauenhain, Einverleibung des Rittergutes betr. (gegen 5 Stimmen), mit der Wahl der Anna Martho verw. Huber in Gössau als Vorsitz. Mitglied des Ausschusses betr. Befüllung und Bekämpfung weiblicher Angeketteter in Gal- und Schankwirtschaften, mit Unterbringung von weiteren 10 Kindern in Solbad Frankenhausen unter Nachbewilligung von 4000 Mark Kosten aus Bezirksmitteln, sowie mit der Vereinigung des Rittergutes Tauchau mit der Gemeinde Tauchau. 2. Nachtrag zum Eingemeindungsvertrag.

Genehmigung fanden der 5. Nachtrag zur Gemeindeverordnung der Gemeinde Frauenhain, Vertragsabschluß neuer betr. die Nachträge zur Gemeindeverordnung der Gemeinden Görsdorf und Weitzs, d. Gr., Bischlag zur Grundwerthöhersteuer betr. das Ortsgebot der Gemeinde Koselwitz und der 2. Nachtrag zum Ortsgebot der Gemeinde Weischwitz, Gemeindevertrittewohnen betr., die Wasserwerthordnung der Gemeinde Görscha, der 3. Nachtrag zum allgemeinen Ortsgebot der Gemeinde Görscha, die Abteilung von Bl. 180 des Grundbuchs für Weischwitz, Abdeles Anteil betr., die Vereinigung des Rittergutes Bautzenbach mit der Gemeinde Bautzenbach, ferner fand Genehmigung der Nachtrag zum Ortsstatut der Gemeinde Weischwitz. Vereinigung des Rittergutes Krauschau mit der Gemeinde Krauschau, die Vereinigung des Rittergutes Görlitz d. O. mit der Gemeinde Görlitz d. O. und die Vereinigung des Rittergutes Frauenhain mit der Gemeinde Frauenhain (gegen 5 Stimmen), sowie Übernahme einer bleibenden Verbindlichkeit in Größe kommt. Der Vereinigung des Rittergutes Weischwitz mit der Gemeinde Weischwitz wurde die Genehmigung verlost.

Gemäß wurden Herr Stadtrat Helmig als ordentliches und Herr Kommerzienrat Arnolds als konservierendes Mitglied in den Beirat des Bezirksamtes für Kriegerfürsorge (vorbehaltlich der Genehmigung des Landeskamtes für Kriegerfürsorge). Endlich wurde das nochmalige Gelob des Siegers Holzert (Bezirksfischereihaus) um Erlaubnis zum Halten von Hähdern unter Widerzuvorbehalt genehmigt.

## Vor den ungarischen Wahlen.

Die Genfer Konferenz ist bis Urteile, daß die schon lange südländischen Wahlen auf unbekümmerte Zeit verzögert werden sind. Es erweint aber zweifelhaft, ob sie bei den eigenartigen inneren Verhältnissen dieses Landes auf den Ausgang der Abstimmung legendeinflusß ausüben wird.

Ungarn ist das einzige Land in Europa, das bis bis heute noch zu keiner definitiven Staatsform herausgewachsen ist. Es ist noch immer das „Königreich ohne König“, nachdem es noch dem Umsturz für kurze Zeit Hollókő (unter Hollókő) und eben kurz kurze Zeit unter der Schlesischen Herrschaft Béla Kun's Räterpublik gewesen ist.

Die bevorstehenden Wahlen werden darüber entscheiden, ob eine Möglichkeit aus wirtschaftlichen Gründungen für die Schaffung dauerhafter politischer Bindungen vorhanden ist. Der Wahlkampf wird ein heiter werden. Graf Bethlen, d. St. Ministerpräsident und Führer der Einheitspartei, ist mit einer direkt bestimten legitimistischen Opposition zu kämpfen. Diese Opposition ist keine eigentliche Partei. In ihr sind vielmehr lediglich aus Opportunitätsgründen verschiedene Parteien unter der Parole „Rieder mit Gottsch“ zusammengeflochten.

Wir finden unter diesen „Opportunisten“ neben dem Grauen András, der in den letzten Stunden vor dem Zusammenbruch der Doppelmonarchie Karls IV. Außenminister war, den Oktobersturz Stefan Friedrich, der sich späterhin zum eisernen Schäfer der Kaiserin gewandelt hat und der in den Wirren des vergangenen Krieges auf die eigenartige Idee kam, ein selbständiges Imperium Burgenland zu begründen. Arm in Arm mit ihnen marschiert Herr Faller, ehemals blutiger Antikommunist und wiederum mit diesem mal wieder verblüfften Herr Bacsonyi, der Jünger des architektonisch idyllischen Demokraten.

Das unglaubliche sind die gefährlichen Führer der Opposition, gegen die Graf Bethlen zu kämpfen haben wird. Die verschiedenen Legitimistenteile verfügen als Gesamtheit über eine beträchtliche Stimmenzahl, wie ja zu jeder Zeit die größten Phantasien die meisten Wähler haben. Ihnen gegenüber vertritt Bethlen die Vernunft in der Politik. Er ist im besten Sinne das Werkzeug der Nachfolger Lisicki, mit dem ihm auch eine herzliche Freundschaft verbunden. Er ist ein absoluter Realist, der die Dinge sieht, wie sie wirklich sind, ein Politiker von seltenen Fähigkeiten und ein feiner Menschenkenner. Wohl hätte er schon mehr als einmal gegen die wütige demagogische Kampfweise seiner Gegner das Gesetz zur Hilfe rufen können; er hat darauf verzichtet und sucht ihnen durch zähe Langmut und entwirrendes und überlegenes Abwarten die Waffen aus der Hand zu schlagen. Außenpolitisch steht Bethlen in hartem Gegensatz zu der Tschechoslowakei und im weiteren Sinne zu dem von ihr verklärten Imperialismus der Siegerstaaten überhaupt. Er verlangt für Ungarn das Recht nationalen Eigenlebens, das er auch anderen, auch den fremden Minoritäten im eigenen Lande zugesteckt.

Gelingt es ihm, so bei den kommenden Wahlen durchzuführen, so ist einige Gewähr dafür gegeben, daß er der fortwährenden Balkanisierung Mitteleuropas einen Siegel vorziehen wird. Unterliegt er, so ist nicht abzusehen, wie sich die Verhältnisse in Ungarn weiter entwickeln. Innerre Wirren mit Auswirkungen auch nach außen würden zwangsläufig ausbrechen, und von neuem würde auf dem alten Herde in Mitteleuropa ein neuer Brand auslösren.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 10. Mai 1922.

### Deutsche Wolebeverhandlungen in Paris.

\* Berlin. Von parlamentarischer Seite wird dem Tag geschrieben, daß man damit werde reden können, daß noch ehe die Konferenz von Genua überhaupt beginnt, daß noch die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien beginnen, die nicht nur über die Schwierigkeiten der nächsten Monate, sondern wahrscheinlich über die politische Konstellation in Deutschland und auch außerhalb Deutschlands entscheiden.

### Der Inhalt der deutschen Antwort.

\* Berlin. In der Note an die Reparationskommission wird erneut die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Balancierung ihres Staats zum Ausdruck gebracht. Außerdem wird die Forderung der Reparationskommission nach 80 Milliarden Mark neuer Steuern sowie die beabsichtigte Errichtung einer Finanzkontrolle abweichen. Im Großen und Ganzen ist die deutsche Antwort als eine Fortsetzung der zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission im Gange befindlichen Unterhaltungen über die deutschen Reparationsleistungen zu betrachten.

### Ein bulgarisches Dementi.

\* Berlin. Die bulgarische Gesandtschaft in Berlin ist in der Lage, auf entschiedenste erklären zu können, daß die Nachricht über eine angeblich bevorstehende Reise bulgarischer Abgeordneter nach Angora nicht zutrifft und daß nicht der geringste Anlaß zu diesem Gerücht besteht. Auch die Meldungen über irgendwelche bulgarischen Verhandlungen mit der Regierung von Angora zwecks Abschluß eines politischen oder wirtschaftlichen Vertrages entbinden jeder Grundlage.

### Der deutsch-dänische Vertrag.

\* Kopenhagen. Der Vertreter der deutschen Nordseewiger führte bei der Beratung des deutsch-dänischen Vertrages im Folketing aus: Der vorliegende Vertrag steht nicht die Grundlage für ein gutes gegenseitiges Verhältnis der beiden Staaten und Völker, die ich und meine Partei für notwendig und wünschenswert ansiehe. Jedoch erkenne ich an, daß der Vertrag einen Teil der Wunden, die die neue Grenzziehung geschlagen hat, in zweckmäßige Behandlung nimmt, dabei aber als ein Schritt angeleitet werden darf, der einen Teil der Störungen zwischen den beiden Staaten befreit. Ich möchte jedoch bei dieser Gelegenheit mein Bedauern aussprechen, daß eine Anzahl Landesleute, namentlich Beamte, wegen der Unsicherheit ihrer ökonomischen Existenz in einer langen Übergangszeit gewungen waren, abzuwandern und nun diesen Schritt nicht zurück machen können. Alle diese Landsleute und diejenigen, die trotz bitterer Not in der Heimat ausgewandert in der Hoffnung auf eine Regierung, die ihnen das Bleiben ermöglicht, haben den Anspruch auf eine Wirtschaftsregulierung verpaßt. Ich möchte es der Regierung zur freundlichen Genehmigung anbieten, ihnen noch jetzt Gelegenheit zu bieten, ihre Ansprüche geltend zu machen. Im übrigen ist es nicht meine Absicht, an einzelnen Punkten des Vertrages Kritik zu üben, da die Befolgschaften beider Staaten bereits zu einer Einigung gelangt sind, will auch ich den Vertrag als Ganzes dem Reichstag zur Annahme empfehlen. (Siehe auch unter „Dänemark“.)

### Tagung des Völkerbundes.

\* Genf. Am Donnerstag beginnt die Tagung des Völkerbundes. Die erste Sitzung wird nicht öffentlich sein, da sie einer Reihe kleiner Fragen gewidmet wird. Die eigentliche Debatte beginnt am Freitag vormittag in einer öffentlichen Sitzung, in der das albanische Problem und die Danziger Frage zur Behandlung kommen. Am Sonnabend werden die Fragen des handelnden internationalen Gerichtshofs behandelt.

### Der nicht beantwortete Brief Elisabeths.

\* Genf. Bekanntlich hatte Elisabeth bei Schaus angefragt, welche Pläne das Memorandum angenommen

Mitten. Da auf diesen Brief die offizielle permitting eine Antwort nicht eingesangen ist, wird jetzt dieser Brief veröffentlicht. Der Brief gilt als das Vorrecht zu dem großen Schauspiel von heute, wo die Veröffentlichung der russischen Antwortnote erwartet wird. (Siehe in der Beilage unter: Eine Unterrichtung der Russen.)

#### Der Wahl verlangt Sankt der religiösen Interessen in Italien.

**Genua.** Der Präsident der Konferenz und die hier vertretenen Delegationen, soweit sie diplomatische Belebungen zum Balkan unterhalten, erhielten, wie die Regierung Stefani meldet, den Text eines Briefes des Papstes an den Kardinalstaatssekretär Galvani nebst einem Memorandum, das u. a. besagt: In dem Briefe, den der Heilige Vatikan am 29. April an den Kardinalstaatssekretär schickte, um dieser aufzufordern, den Mäzenen, mit denen der Heilige Stuhl in diplomatischen Belebungen steht, die Botschaft, die Seine Heiligkeit für den glücklichen Ausgang der Konferenz von Genua ausgesprochen hat, und zwar besonders bezüglich der russischen Nation zu übermitteln. Da der Stand der Dinge ihm nicht gestattet, jeden der Anhänger auf dem üblichen Wege durch beglaubigte päpstliche Vertreter diese Mitteilung zu machen, benutzt der Heilige Stuhl die Gegenwart der Delegationen derjenigen Staaten in Genua, mit denen sie diplomatische Belebungen unterhält, um ihnen direkt den Text des päpstlichen Schreibens mitzuteilen und ihre Aufmerksamkeit auf folgende Punkte zu lenken, die von großer Bedeutung sind. In der historischen Stunde, in der es sich um die Wiedereröffnung Italiens zur Gemeinschaft der stilisierten Nationen handelt, wünscht der Heilige Stuhl, daß die religiösen Interessen, die Grundlage jeder wirklichen Stabilität, in Italien geschützt werden möchten. Infolgedessen wünscht der Heilige Stuhl, daß in dem Abkommen, welches zwischen den in Genua vertretenen Staaten abgeschlossen werden wird, in irgend einer Form, aber recht deutlich die folgenden Klausulen aufgenommen werden: 1. Die volle Gewissensfreiheit für russische Bürger oder Ausländer soll von Italien ausgestattet werden. 2. Die private und öffentliche Ausübung der Religion und des Gottes soll zugestellt werden (diese zweite Klausel entspricht den in Genua von Tschitschirin abgegebenen Erklärungen). 3. Die Immobilien, die irgendwelchen religiösen Gemeinschaften gehören oder noch gehören, werden ihnen zurückgestattet oder sollen ihnen verbleiben.

**Lloyd George für eine deutsch-französische Verständigung.**  
**Walland.** Der "Secolo" berichtet, daß im Verlaufe der Unterredung Lloyd Georges mit dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem deutschen Außenminister Dr. Rathenau auch das Separationsproblem angeschnitten worden sei. Infolge der Belagerung Vincennes, der Einberufung der Signatarmärsche vor dem 31. Mai zu stimmen, soll der englische Premierminister bei den Deutschen angeregt haben, sich direkt mit Frankreich zu verständigen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Frankreich den Abschluß einer Unliebe beginnen werde, wenn dadurch eventl. Komplikationen, die sich im Hinblick auf den 31. Mai ergeben könnten, vermieden werden und eine Entspannung in den französisch-deutschen Beziehungen herbeigeführt werden könnte.

#### Ein englisch-italienisches Abkommen.

**Paris.** Savas meldet aus Genua: Von allzuwiderlicher Seite wird versichert, daß ein allgemein politisches und wirtschaftliches Abkommen zwischen Italien und Großbritannien in der Ausarbeitung begriffen sei. Sein Hauptgewicht werde sein, die Lage Italiens im Mittelmeer zu gewährleisten.

#### Die Zustimmung der Russen zum Memorandum.

\* **London.** Am späten Nachmittag ließ hier gestern die Meldung ein, daß die Russen sämtliche Bestimmungen des Memorandums mit Ausnahme der Artikel 1 und 7 (Propaganda und Eigentum) annehmen. Sie würden einige Änderungen der letzteren Bestimmungen und wollen außerdem die bedingungslose Auslieferung einer Anteile von zweihundert Millionen Pfund Sterling erhalten.

#### Nachlassen der Spannung.

**London.** Der Pariser Berichterstatter der "Times" schreibt, allgemein scheine die Ansicht zu herrschen, daß die Luft geblieben sei, und daß man in Anbetracht dessen, daß die Entente nicht tot sei, wieder freier atmen könne. Auch der Brüsseler Berichterstatter der "Times" meldet ein Nachlassen der Spannung. Theunis habe seinen Kollegen im Kabinett mitgeteilt, in Konferenzkreisen scheine jetzt eine Tendenz in Richtung der belgischen These vorhanden zu sein. Theunis erwiderte den Berichterstatter zu der Meldung, in Genua berücksichtigt der Eindruck, daß die Lage weniger gespannt sei.

#### Die englisch-französischen Beziehungen.

**London.** "Westminster Gazette" schreibt einen Artikel über die englisch-französischen Beziehungen folgendermaßen: Die britische öffentliche Meinung wünscht in Wirklichkeit keine Erklärung formeller Feindschaft. Sie wünscht mit Frankreich ebenso wie mit Italien Frieden zu haben. — "Manchester Guardian" erklärt, falls es zum Bruch kommen sollte, werde dies nicht geschehen wegen einiger in Privataudienzen gefallenen Worte, sondern wegen der tiefsitzenden Verschiedenheit der Ansichten in allen europäischen Fragen, die jedesmal sichtbar werde, wenn wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen. Früher oder später müßten diese Meinungsverschiedenheiten zur Krise führen.

**London.** Die Frage der englisch-französischen Beziehungen wird im Zusammenhang mit der Unterredung Barbières mit Lloyd George von der gesamten Presse eingehend erörtert. "Evening News" sagt, das britische Volk habe für die Entente gesumpft, und nicht, um sie zu zerstören. — "Daily Mail and Globe" schreibt, Großbritannien werde mit ganzem Herzen Lloyd George bei dem Werke unterstützen, das er in Genua verrichtet. Lloyd George zeigte sich als der wahre Hüter Europas im Frieden und im Krieg. Er könne der Politik nicht zustimmen, die bedeutet, daß Europa und Asien in einer nicht enden wollenden Klimmzüge des Kampfes gehalten werden. Wenn es zum Bruch der Entente kommen sollte, so sei dies sehr zu befürchten. England sei jedoch nicht verzweifelt, mit einem Partner zu geben, der die Interessen Englands unberücksichtigt läßt. — "Westminster Gazette" schreibt: Im verantwortlichen Kreise Englands besteht kein Wunsch nach einem formellen Bruch mit Frankreich. Es sei jedoch heute bekannt, daß die Entente nicht mehr die Bedeutung habe, die sie vor oder während des Krieges hatte. Alle wünschten, die französischen Beziehungen mit Frankreich aufrecht zu erhalten. Man sei aber nicht bereit, diese Beziehungen als Voraussetzung für den Abschluß von Übereinkünften oder sogar Freundschaften mit anderen europäischen Nationen anzusehen. Wenn die Entente eine exclusive Freundschaft bedeute, würde die Entente eine praktische Bedeutung, wenn sie eine Tugendhaftigkeit, sondern nur die Gestaltung einer Zivilisation sein. Augenfälliglich besteht kein Einfluss zwischen den Ansichten und der Politik Frankreichs mit Großbritannien. Die Entente habe demnach überhaupt keine praktische Bedeutung. Wenn an und für sich das wünschenswerte englisch-französische Zusammenschluß am Wiederaufbau Europas unmöglich sei, wie es augenfälliglich den Anschein habe, könne durch eine falsche Freundschaft nichts gewonnen werden. Die erste unmittelbare Gefahr sei die, daß die französische Regierung ihre Freude habe, die der „unseligen Haltung der Norddeutschen Blätter“ abzimmen.

#### Vermischtes.

**Raubüberfall im München-Berliner Zug.** Am Platz L. B. wird gemeldet: Im München-Berliner Zug wurde in der Nacht zum Dienstag in einem Abteil 2. Klasse auf einen allein reisenden Herrn von zwei Personen, die in Schweden eingekleidet waren, ein Raubüberfall verübt. Die beiden Männer begaben sich in das Abteil, dessen Tür sie verschlossen, und verloren den Herrn zu erwischen. Durch das Näheln des Nebenabteiles wurden die Unschärfen im Nebenabteil aufmerksam. Als die Männer sich entdeckt sahen, sprangen sie aus dem Fenster des jahrelang gebauten Zuges. Es die Unschärfen bei dem Zug nach Schaden gelommen sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Es scheint sich um gewohntes Bandenkriminalität zu handeln. In einer unglücklichen Handlung wurde ein sehr geschickter Diebstahlsermittler getötet. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. — Nach einer späteren Meldung sind die Männer in Marktredwitz festgenommen worden. Es sind zwei junge Männer im Alter von 22 bis 24 Jahren.

**Schweres Explosionsunfall.** Blütersmeilungen aus Halle aufzulegen ereignete sich in Zweibrücken ein schweres Explosionsunglück. In der Halle, in der früher eine Fabrik entstanden war, lagen zahlreiche Frauen, die bei der Verwertung von Kerzenkohle beschäftigt waren, Schön vor einem Gewitter. Trotzdem in dem Werke das Feuerzeug verboten war, kehrte sich eine Frau eine Zigarette an und warf das brennende Streichholz auf den mit Pulverresten bedeckten Boden. Es explodierte eine Explosion. Die Halle stand sofort in Flammen. Drei Frauen verbrannten bei lebendigem Leibe; vier erlitten schwere Brandwunden.

**Die verhängnisvolle elektrische Zugleitung.** In der Nähe von Witten bei Bitterfeld bestürzte ein Lokomotivführer, als er am Tender seiner Lokomotive mit dem Beuerdalen einem Schaden nachging, verhängnisvolle elektrische Leitung. Der Mann wurde von dem elektrischen Strom getötet.

**Eine Porzellansfabrik von zwei Bildhältern beim Gesuch.** Während eines schweren Gewitters schlug ein Blitz in die im Wittigale des Herkiberges gelegene Hofmannsche Porzellansfabrik ein. Er zerstörte die Fabrikshütte und die Dächer der Fabrikgebäude. Einige Minuten später ging ein zweiter Blitz in die Wildenauer Porzellansfabrik nieder, und führte die Fabrik dieses noch schwerer beim. So wurden jetzt mehr als zwanzig Personen betäubt; einige von ihnen erlitten indestens eine Verlebung. Beide Blitze schlugen ein, ohne zu auffallen. Eine vereitelte Hinrichtung. Auf El Cid (Spanien) wird gemeldet: Die Hinrichtung von zwei zum Tode Verurteilten wurde ausgeschoben, weil die Hinterleute sich weigerten, einen Soden aufzustellen, auf dem der Schafkrüppel seinen Abschlag anbringen konnte.

**Theaterbrand in Paris.** Gestern nachmittag zerstörte ein Großfeuer die gesamte Bühnenanrichtung des Theaters Casino de Paris. Der Schaden beträgt über eine Million Franken.

**Eisenbahnsunfall.** Zwischen den Stationen Grevenbroich und Mecken im Sauerland fuhr ein Güterzug auf einen andern auf. Eine Lokomotive und zwölf Wagen entgleisten. Ein Schaffner wurde getötet, ein anderer Schaffner schwer verletzt.

**Die Expedition zur Bergung der "Lusitania".** In den letzten Jahren gefunfen sind, geht am 25. Mai von Philadelphia ab. Der Dampfer "Blücher" ist für die Zwecke der Bergung der "Lusitania" gegründete Gesellschaft geschafft worden. In Philadelphia wird nicht angenommen, daß der Lebtag der "Lusitania" große Schwierigkeiten entgegenstehen, da ihre Lage genau bekannt ist.

**Ein ehemaliger Marquis als Wäscheschneider gestorben.** In Annanay ist ein Wäscheschneider gestorben, der, wie sich nach seinem Tode herausstellte, ein Marquis aus einer der ältesten Familien Frankreichs gewesen ist. Der Mann, der ganz einsam gelebt hatte, war ein Marquis de Montlegus. Seine Vorfahren haben unter Heinrich dem Vierten und dessen Nachfolgern hohe Stellungen am Hofe gehabt. Der Wäscheschneider Montlegus hat ein antikeles Vermögen hinterlassen. Die Reiche wird nach Toulouse gebracht werden, wo der lebte Montlegus in der Familiengruft beigesetzt werden soll. Die "heilige Feme" im heutigen Irland. In Irland gibt es einen allmächtigen über das ganze Land verbreiteten Geheimbund, der in Vielem an die "heilige Feme" im Mittelalter erinnert. Man nennt diese weltlichen Beherrscher des heutigen Irland geheimnisvoll nur "Sie". Fragt man einen Irlander nach diesen "Sie", so wird er keine Antwort geben, aber sie spielen die Hauptrolle im Gebräuch. Alles was geschieht, geschieht durch "Sie", und in den letzten fünf Jahren haben "Sie" Irland beherrscht. "Sie" ist die irische republikanische Bruderschaft, deren Ziel darin besteht, eine freie und unabhängige republikanische Regierung in Irland aufzurichten und zu erhalten. Die Bedeutung dieses Geheimbundes liegt, wie James Dunn berichtet, in den Händen eines "Obersten Rates", zu dem sämtliche Mitglieder 11 Vertreter wählen und diese 11 dann noch vier weitere ernennen. Die Namen dieser "Richter" der irischen Feme werden auf das strengste geheimgehalten; sie besitzen Gewalt über Leben und Tod, und schon des öfteren hat sich gezeigt, daß sie diese Gewalt rücksichtlos ausüben. Jeder Ire, ganz gleich, welchen Standes oder welchen Glaubens, dessen Charakter und Überlandslebe vertrauenswürdig sind, kann zum Mitglied der republikanischen Bruderschaft gewählt werden; er muß einen Eid leisten, daß er dem Obersten Rat unbedingt gehorchen, sich den Anordnungen seiner Beamten blindlings fügen und die Geheimnisse des Bundes unbedingt bewahren wird. Keiner, der einer anderen derartigen Gesellschaft angehört, wird zugelassen. Der Oberste Rat kann die sofortige Todesstrafe in Fällen des Verrats verhängen, wenn „irgendeine bewußte Handlung oder Rede eines Mitgliedes dazu geeignet ist, die Sache der irischen Unabhängigkeit zu gefährden oder die Interessen der britischen oder einer anderen fremden Regierung zum Schaden der irischen Unabhängigkeit zu unterstellen.“ Dem Obersten Rat ist der Heeresrat untergeordnet, der die bewaffnete Macht durch das ganze Land organisiert. Die Unruhen, die noch immer in vielen Teilen Irlands herrschen, sind auf das Wirken dieser "heiligen Feme" zurückzuführen.

**Ein internationales Briefmarken-Händlerfest.** Aus München wird uns geschrieben: Der Internationale Briefmarken-Händlertag wurde soeben in München abgehalten. Er war von über 500 Händlern aus allen Ländern Europas, sogar von Engländern und Franzosen, besucht. Kauf und Tausch waren äußerst reg. Die Nachfrage nach den klassischen Marken überstieg bedeutend das Angebot. Cementpreisen wurden für alte Werte auch außerordentlich hohe Preise geboten. Angebots der neuen Gewerbeschauarten wurde aus den Kreisen der versammelten Briefmarkenhändler der Wunsch laut, bei Erfüllung neuer deutscher Marken in Zukunft möglichst außer Rücksicht auch Sachverständige aus Händlerkreisen zur Beurteilung der Einwürfe zuzuladen werden. Zum ersten Mal wurden auf dem Münchner Händlerfest Flugpostmarken vom Rhein von 1912 gehandelt.

**Tirol, das Reiseziel der Amerikaner.** Unter den etwa 300 000 Besuchern des nördlichen Tirols im letzten Sommer befanden sich Tiroler Blätter, so-

folge über 20 000 Amerikaner! Für die nächsten Jahre wird noch eine wesentliche Steigerung, namentlich durch die wachsende Beteiligung amerikanischen Kapitals an den Tiroler Hotelunternehmen erwartet. Vertreter amerikanischer Gesellschaften beraten deshalb fleißig das Land und machen photographische Aufnahmen zum Zwecke der Werbung.

**Torspulver für Lokomotiven.** Bei den schwäbischen Staatsbahnen befinden sich gegenwärtig 14 mit Torspulver betriebe Lokomotiven im Betriebe. Der Torsionsgrad der Torspulverbefeuert wurde bei einer Güterzuglokomotive auf Grund von Versuchsvorläufen auf 8 v. d. Leistungsfähigkeit.

**Neue Forschungen über den Geruchssinn der Insekten.** Die Frage nach dem Sinn des Geruchssinnes bei den Insekten ist sehr viel behandelt worden, und neuerdings hat die Lehre viel Glauben gesunder, daß die Geruchsgänge an den Flügeln und Beinen zu suchen seien. Dem gegenüber aber führt der bekannte Insektenforscher Dr. Grisch in den "Naturwissenschaften" den letzten Beweis, daß die Träger der Geruchsgänge bei den Insekten die Flügel sind, und das Gleiche darf man dann auch bei den andern Insekten annehmen. Grisch beschreibt einzelne gezeichnete Flügel auf einen bestimmten Duft. Schmeckt er Ihnen dann beide Flügel ab, so waren sie vollständig aufgerichtet, den Dufturduft von andern Flügeln zu unterscheiden. Dieses Ergebnis wird noch durch eine Reihe anderer Beobachtungen und Versuche gestützt, und es läßt sich auch leicht wahrscheinlich machen, daß die Geruchsgänge bei den Flügeln ausgleichlich an den Flügeln liegen. Jede Flügelseite besteht nämlich aus 11 Sinnesorganen, von denen aber nur die acht dichten Bilder Sinnesorgane tragen, die als Organe des Geruchssinnes in Betracht kommen. Schneidet man nun einer auf einen bestimmten Duft bestellten Flügel 15 Flügelpoten ab, nämlich 8 bei dem einen Flügel und 7 bei dem andern, so daß sie nur ein einziges mit Sinnesorganen besetztes Flügelpot abhält, so ist sie doch noch instande, Düfte zu unterscheiden. Stimmt man ihr aber dieses lebte mit Sinnesorganen versehene Flügelpoten, so hört die Unterscheidungsfähigkeit der Flügel auf. Sollten sich noch an andern Flügelpoten Geruchsgänge befinden, so müßten sie dort so spärlich sein, daß ihre Bedeutung ebenfalls vor den Geruchsgängen eines einzigen Flügelpot abweichen.

**Spieldreiecke, von denen die Wissenschaft lernt.** Mit dem bestimmbaren Spieljahr ist auch der Kreisel wieder auf den Straßen erschienen, und die Kinder mögen sich eifrig diesem alten Spiel. Das Wort Schiller, daß „Dieser Sinn ist im kindlichen Spieldzeug, denn der Kreisel ist nicht nur die Freude der Kleinen, sondern er hat in der Wissenschaft eine große Rolle gespielt und spielt sie noch. So haben überhaupt die Gelehrten aus dem Spield der Kinder reiche Anregungen erfahren. Die Erde macht bestimmt eine Art Kreiselbewegung in ihrem Lauf um die Sonne. Diese Kreiselbewegung ist sehr langsam, aber man nimmt an, daß durch sie die Erdzeitperioden hervorgerufen wurden. Der große englische Naturforscher Kelvin bediente sich stets eines gewöhnlichen Kinderspielzeugs, um die Bewegung unseres Planeten zu veranschaulichen. Es gibt drei Drehen in der Drehung eines Kreisels. Zuerst dreht er sich rasch in kleinen Kreisen und bleibt in aufrechter Stellung, dann dreht er sich auf einem Fleck, und in der dritten Phase beginnt er zu wackeln, und diese dritte Bewegungsphase dient zur Veranschaulichung der Erdbewegung. Wenn im Herbst unsere Jugend wieder an das Drehenlernen geht, dann werden wir ein anderes Spieldzeug berücksichtigen, von dem die Wissenschaft gelernt hat. Der erste, der sich eines gewöhnlichen Kinderspielzeugs zu meteorologischen Studien bediente, war der Schotte Alexander Wilson im Jahre 1749. Der seinen Drachen aufsteigen ließ, an dem ein Thermometer befestigt war. Danach bediente sich Benjamin Franklin des Drehen-Spielzeugs, um die Elektrizität der Luft zu untersuchen, und seitdem ist der Drache für alle Wettervorherseher unentbehrlich geworden. Der Drache hat auch bei der Erfindung des Flugzeuges eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Lilienthal, Langley u. a. Erfinder der Flugkunst haben Flugzeuge konstruiert, die sich an die Form dieses Kinderspielzeugs anlehnen. Kinder, die Seitenblätter machen, denken sich nichts bei diesen bunten leuchtenden Gebilden; beim Gelehrten aber boten sie die Möglichkeit zu Untersuchungen dünnerer Stoffe. Die Haut der Seitenblätter ist nämlich das Tünne, was es in der Natur gibt, 16 mal dünner als das feinste Blättchen Gold, und doch dauerhaft genug, um unter dem Mikroskop die überschlagsfähigen Aufschlüsse zu bieten. Mit einem Kinderkompass sind wichtige Klangformen untersucht worden. Man hat die Chladni'schen Klängenfiguren auf die Weise erzeugt, daß man ein dünnestes Blättchen fest über das Mündung der Trompete spanne, nachdem vorher das Blättchen mit feinem Sandpulver bestreut war. Wurde dann ein Ton in der Trompete erzeugt, so bildeten sich geometrische Figuren, die die ersten Klängenbilder darstellen. Männer der Wissenschaft verschmähen es deshalb nicht, in ihren Vorlesungen solche Kinderspielzeuge zu verwerten. Lord Kelvin erklärte z. B. an dem Zusammenprall zweier Billardkugeln ein astrophysikalisches Problem, indem er nachwies, daß das Geräusch nicht durch Zusammenprall der beiden Oberflächen verursacht wird, sondern durch die Lust, die so schnell entsteht, daß ihre Moleküle gegeneinander knallen.

#### Ertragswertbeurteilung.

**Die Berechnung des Ertragswertes erfolgt,** indem man den durchschnittlichen Reinertrag der letzten fünf Jahre feststellt. Der so gefundene jährliche Durchschnittsertrag wird durch Kapitalisaten zum Ertragswert erhoben. Beträgt der jährliche Reinertrag eines Hauses z. B. durchschnittlich 10 000 Mark und will man das angelegte Kapital zu 5 Prozent verzinsen, so ist der gefundene Ertragswert 20 mal 10 000 Mark, ist 200 000 Mark. Soll die Verzinsung nur 3 Prozent sein, so ist der Ertragswert 33 mal 10 000 Mark, ist 330 000 Mark. Es liegt allerdings eine Gefahr darin, die Zinsrate beim Ertragswert zu unterschätzen, da damit gerechnet werden muß, daß das zum Ertragswert eingeschätzte Gut auch in den kommenden Jahren, bei höherem Marktwert, noch Erträge bringen soll. Es ist deshalb erforderlich, die Verzinsung gegenwärtig möglichst hoch anzunehmen, damit der Ertragswert kein zu hoher wird. Von Standpunkt der Selbstwirtschaft aus, ist dies auch voll berechtigt, da ja auch die Industrie und das Gewerbe heute mit bedeutend erhöhten Zinsen, bei Aktiengesellschaften in Form der Dividende, arbeiten. Es muß dies als eine Begleiterscheinung des Zustandes unserer Valuta angesehen werden.

Prof. Herero sagt treffend: „Nicht das, was ein Land gut in der Vergangenheit als Ertragssquelle gewesen ist, sondern das, was man in Zukunft aus ihm machen kann, sowie die Kosten, die noch aufzuwenden sind, um einen bestimmten Zustand der Ertragstätigkeit zu erreichen, bestimmen einen Ertragswert.“ Dennoch soll der Ertragswert die geschätzte zukünftige Ertragstätigkeit eines Landes ausdrücken. Als Unterlage für diese Wertbestimmung kann dann allerdings der in vergangenen Jahren erreichte Durchschnittsertrag dienen, doch ist bei diesen Erträgungen in abnormen Zeiten, wie die gegenwärtigen, vorläufige Beurteilung notwendig.“

## Berühmte deutsche Baumblütenorte.

Man schreibt und: Wenn die Zeit der Obstblüte kommt und mit ihrem schönen Weiß oder ihrem zarten Rosa den Platz verkleidet, kann man am besten übersehen, welche Vorzüglichkeit der Obstbau macht. Dann ist es anschaulicher, als es die beste Statistik machen könnte, jedermann sieht, wie sehr es erfreulicherweise mit dem deutschen Obstbau vorwärts geht. Bei der Sämlung 1917 belief sich die Zahl der Obstbäume in Preußen auf etwa 105 Millionen! Es ist heute längst nicht mehr so wie noch vor einigen Jahrzehnten, wo nur ein paar Dutzend wirklich bedeutende Obstsorten vorhanden waren; ihre Zahl geht heute weit in die Hunderte.

Schon oben in Sachsenburg singt es an. Man wäre die fröhliche Hoffnung schöner als wenn sie im prangenden Weiß der Baumblüte bis zu den Hünern der Neigung hinüber leuchtet. Das Obst dieses schönen Landes (besonders Ostfriesland) ist weit berühmt, wie denn überhaupt das ganze nördliche Sachsenburg ein gesegnetes Obstland ist. Dazu gibt es hier oben noch billiges Obst, wurde doch herrliches Obst noch 1917 im Obstseebad Köthen auf der fröhlichen Neigung das Stück zu 1 Mark angeboten! In Schneiger Obstblüten prangen zur Zeit auch die gesegneten Marienwerder und Elsterwerder Niederung und der Marienburger Werder. An der ostfriesischen Oberlinie weist die alte Markgrafenstadt Schwedt einen bedeutenden Obstbau auf, ebenso sind die Anhöhen der Hümmerstadt Guben jetzt mit herrlichen Baumblüten überzogen. Unweit Berlin fand man das großartige Blühen in der Baumblütenkolonie "Eben" (bei Brandenburg) und die schon historisch gewordene Baumblüte von Werder a. d. Havel und ihrer Konkurrenz Caputh bewundern. Je weiter man nun gegen Süden zu wandern würde, desto glanzvoller werden die Baumblütenbilder. Da ist die Prähn bei Dresden, an deren Elbböschung höchst Edelobst reift, darunter köstliche Aprikosen, Mirabellen, Pfirsiche, Nelkenlauden, Marunken. Der ganz mit mildem Klima gesegnete Dresdner Elbstoff ist zur Zeit ein Blütenparadies, wo auch seelige Marmeladen erzeugt werden. Fährt man von hier mit dem Elbdampfer auswärts durch das Elstertal der Sächsisch-Böhmischem Schweiz, so kommt man ins Obere und Untere Elstertal zwischen Bödenbach und gesegneten nordböhmischen Elbtals zwischen Bödenbach und

Böhmisch. Hier hat Riesa die berühmteste Baumblüte, und es ist hier in dieser Hinsicht genau so schön wie am Rhein, an dessen schönen Höhen der Elbdurchbruch durchs böhmische Mittelgebirge ganz außergewöhnlich erinnert. Dobitsch ist die Zentrale des böhmischen Obstbaus dieser Gegend.

Obstwärts von der Völkippe hat das weingesegnete Meilen viel Baumblüte, dann viel weiter unten das alte märkische Tangermünde mit seiner bedeutenden Marmelade-Industrie. Schließlich kommt man zu dem "Werder" der Hamburger, dem mit Obst reich gesegneten Alten Land.

In Thüringen hilft die Obstlinie allenfalls; eins war hier Erfurt der Hauptort, bis 1818 Laufende von Ostsäumen dem Kriege zum Opfer fielen, da Erfurt damals noch Festung war. Heute weisen besonders Coburg, Raumburg a. d. Saale und Meiningen eine Blüte von Obst auf; besonders die Obstblüte des Saale- und Unstruttales bei Raumburg ist bezaubernd schön. Der Obstbau am Rhein und seinen Seitentälern ist bekanntlich großartig entwickelt. Besonders obstdürftig ist das ganze fränkische Mainital, das jetzt einem blühenden Paradies gleich. Am Rheine selbst ist das Salsia durch seine Kirchblüte besonders berühmt. In herrlicher Blütenpracht steht jetzt der ganze Rheingau und das Süduferland des Taunus (besonders Kronberg a. T.). Das ganze Moseltal ist nicht nur ein Wein- sondern auch ein Obstparadies, ebenso das untere Naheatal. Die bayrische Pfalz ist Deutschlands herrlichster Blütenort, hier leuchten oft schon Mitte Februar die Höhen der Haardt im zarten Weißrosa der Mandelblüte. Die Bergstraße am Odenwald, das zweitbeschneiteste Bühlertal, die Feine, das Nestorial, die ganzen hohen Bodenseeufer, sie alle sind jetzt Blütenägerten von unbeschreiblicher Schönheit.

## Kunst und Wissenschaft.

Ein englisches Werk über den Sanitätsdienst im Kriege. Von dem amtlichen roten Werk über die Dienstleistung der englischen Sanität im Weltkriege, das auf 12 Bände berechnet ist, liegt jetzt nach einer Mitteilung der "Deutschen Medizinischen Wochenschrift" der erste Band vor. Danach wurden auf allen Kreischauplätzen 3½ Millionen Operationen vorgenommen; die Höchstzahl der von England bereit-

gestellten Krankenheiten übertrafen die Zahl von 600000; auf 75 Hospitalbahnen wurden vom August 1914 bis August 1920 2½ Millionen Kranken über Verschwendete aus Weiterbehandlung nach England überführt.

Die Werke Hauptmanns-Rettwiese haben, wie nunmeide feststellt, vom 8. bis 21. August d. J. in Dresden statt, und zwar in der eigens für diesen Zweck hergerichteten Hofdruckerkammer, im Stadttheater und Operntheater. Unter großer großer Beliebtheit und Begeisterung des Lebenswerkes Werke Hauptmanns werden die ersten Ruhmser und Spieler der deutschen Bühnen mitwirken. Ein Künstler, der von den wirtschaftlichen Persönlichkeiten des geliebten, politischen und Tage veröffentlicht werden.

Die erste Aufführung in Oberammergau. In Oberammergau fand gestern eine Hauptprobe und zugleich die erste Aufführung des Wallfahrtsspiels statt. Die 4000 Stühle des Theaters waren alle vergeben. Drei Extralinge waren von München nach Oberammergau gefahren, die sämtlichen Minister, Mitglieder des Landtags und Teilnehmer an der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse dorthin brachten. Auch Pressevertreter aus Schweden, Dänemark, England und Amerika waren anwesend.

## Sport.

**Nieblaer Sportverein.** Damenhandball. Die 1. Elf des Nieblaer Sportvereins wehrte am Sonntag in Hartau als Gelt des dortigen Ballspielclubs und lieferte der Hartauer 1. Damenelf einen herausragenden Kampf, welcher 8:2 (Halbzeit 5:1) von NSV 1. gewonnen wurde. 1500 Zuschauer. Die Nieblaer Damen technisch und taktisch sehr gut. **Leichtathletik.** Der Döbelner Sportklub veranstaltete am Sonntag ähnlich wie 20. Stiftungsfeier leichtathletische Wettkämpfe. Am Hochsprung errang der Nieblaer Sportverein durch sein Mitglied Herrn Kurt Krebs den 1. Preis mit der ausgezeichneten Leistung von 1,60 Meter frei über beide.

**Fußball.** Der Jugendmeister hat am Sonntag in Waldheim gegen die dortige 1. Jugendelf um die neue Jugendmeisterschaft der 1. Klasse des Saales Nordost Sachsen zu kämpfen. (Siehe Vereinsnachrichten.)

2 Zentner Kartoffeln  
demjenigen, welcher mir den Preis nombiniert macht,  
der mir die Rückentagen aus meinem Obstgarten  
geholt hat.  
**Guido Marie, Schänz.**

Mädchen, welche angedacht  
im Geschäft Paul Weißer  
**50 Mk. abhanden**  
gekommen sind, wird um  
Abreise gebet. O. Müller,  
Friedrich-August-Straße 7.

Junger Mann sucht o. 1.6.  
**gutmögl. Zimmer**  
eventl. mit Pension.  
Gef. Angebote unter  
Z 6 8875 an Tagebl. Riesa.

**Aufwartung**  
für vorm. geflocht  
Bismarckstr. 53, v.

**Aufwartung**  
sucht  
**Rauschau Germer.**

**Aufwartung**  
für einige Vormittags-  
kunden geflocht  
Hausstr. 66.

**Dienstmädchen**  
eventl. Aufwartung, für  
ganzen Tag geflocht.  
**Franz Grunert,**  
Hauptstr. 28.

**Maschinenschreiberin**  
(Stenographiebefundig)  
per 1. Juni ev. auch früher  
gefrocht. Angebote unter  
Z 6 8878 an Tagebl. Riesa.

**Raufmann**  
repräsentant gewandt, flotter  
Korrespondent, auch für  
Reise, 25 Jahre alt, sucht  
passende Kondition.  
Bei erkrankten Blumen-  
geschäft Böttner.

**Pferdebursche**  
nicht unter 18 Jahren,  
sofort geflocht.  
Wohlbewerte Helfts  
bei Riesa.

**Ausfuhr** erklären  
wieder  
vorstädtig in der  
Tageblatt-  
Druckerei, Goethestraße 59.

Da war am ganzen Gelde mit  
**Gleichen**

getestet, welche  
nach Kurz und lange Reise  
Tag und Nacht benötigt. Um 14  
Tagen bei Zucker's Patent-Medizin-  
Reise das Obst benötigt, 10 Tage Gelde  
1000 Mark wert. Gegen 20 Tage  
Zucker-Creme jetzt leicht & fein-  
heitlich. Da alles Drogerien, Drogerien  
und Apotheken erhältlich.

## Café Promenade.

Donnerstag abend 1/8 Uhr

### Künstler-Konzert.

Violine: Herr Weisse (Wolfschka—Weisse)  
Charlottenburg, früher Riesa.

**Daums Konzertstunde Frühjahr 1922.**

Zu dem am Sonnabend, 18. 5., abends 7 Uhr in  
der Elbterrassae stattfindenden:

### Revanche-Kränzchen

Lobet alle Scholaren, sowie deren werte Angehörige  
beraumt ein das Damekomitee.

### Bund der Bäcker- u. Konditorgesellen Deutschl.

Ortsgruppe Riesa.

Donnerstag, d. 11. Mai d. J., abends 1/8 Uhr findet im Hotel Höpflner eine große

### Protestversammlung

statt. Referent: Kollege Pehold - Dresden.

Zu diesem Vortrag bitten wir die geehrte  
Meisterschaft, sowie alle Kollegen, recht zahlreich zu  
erscheinen. Der Vorsitz.

**50 Prozent Zusatz zu nehmen.**

## Rohlenarten.

Ich bitte meine werte Kundenschaft von Stadt  
und Land, die neuen Rohlenarten bis spätestens  
11. d. J. zur Anmeldung in die Kundenliste vor-  
zulegen, damit prompte Belieferung erfolgen kann.  
Neuanmeldungen, sowie Belieferungen bis ins  
Haus nehme ich jederzeit gern entgegen.  
Belieferung der alten Landarten wird bis  
31. 5. fertiggestellt.

**C. A. Schulze.**

Sohlen, Brüder, Gols, Riesa, Meissner Straße.

## Saatkartoffeln

Schneeglöckchen, Update, Teodora, Wollmann

und noch andere Sorten empfehlt

**H. Gruhle, Südspeicher, Tel. 652.**

**Rohschlürterei Schützenstr. 19**

Von heute an

Verkauf von v. G. Rohlenfleisch.

Tel. 278. Otto Gundersmann.

## Quinzen

kaufen zu höchsten Tagespreisen

**Hotel Grunprinz.**

## Verboden

Ist alles unbefugte Betreten der Felder, Feldwege,  
Wiesen, Waldungen und Weihweiden in Riesa  
geboten. Jeder Fall wird zur Anzeige gebracht.  
Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich.

**Die Besitzer.**

**kukiroi**  
besiegelt schnell, sicher und schmerzlos  
Hühneraugen  
Arbeits-, Fleisch-, Frischfisch- und  
Konservenwaren  
Central-Drogerie Oskar Förster.

Wer erteilt jungen Mann  
**Unterricht**  
in Englisch?

Gef. Ansch. unter. Y 6 8874

an das Tageblatt Riesa.

**Gebr. Röhmoschine**  
zu verkaufen. C. Bernhardt, Poppels 31.

### Geschäftliche und private

Drucksachen aller Art werden bei sauberer  
u. geschickter Ausführung in kürzester  
Zeit angefertigt von  
Tageblatt-Druckerei  
Riesa, Goethestr. 59.

**Gebr. a. a. Röhr. Zwillinge.**  
zu kaufen gefüllt.

Werte Zulieferer unter  
A 1 8876 an Tägl. Riesa.

**Gebr. Zwillinge.**

zu verkaufen am Westermarkt 20, 2.

**Zwerghühner**  
möglichst frisch, jede  
Anzahl zu kaufen gefüllt.  
Postverwaltung, Blankenburg, Post Langenberg, Sa.

**Gebr. Zwillinge.**

zu kaufen gefüllt.

# Die russische Antwort überreicht.

**Russland begrüßt die Haltung der Russen.**

Die Antwort des russischen Delegation auf das Memorandum der Mächte wurde am Dienstag dem Vorsitzenden der Russischen überreicht. Die Veröffentlichung des Textes der Note wird erst am Mittwoch erfolgen. Der Untertitel ist ein kurzer Tätsicherer, der die russische Haltung der Sowjetregierung bestätigt. Das Memorandum erinnert daran, unter welchen Bedingungen Russland die Einladung der Mächte zur Teilnahme an der Konferenz angenommen hat. Russland wird darauf aufmerksam gemacht, daß die russische Delegation von den weichen Sätzen der Unterkommission für die russischen Angelegenheiten ferngehalten wurde. Dann behauptet das Memorandum, daß die Unterschriften zweier Russen fehlen, die am meisten mit den Unterschriften Russlands verbunden seien. Beitreten der Sowjetregierung zu Verpflichtungen und der russischen Vertretung Russlands ist als erklärte Note, daß Russland bedeutende Opfer gebracht habe. Russland würde seine Verpflichtungen einzuhalten, aber nur unter der Bedingung, daß es sofort Kredite erhält und zwar von Regierung zu Regierung. Diese Kredite müssen in bar geleistet werden; denn dies wäre für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands unabdinglich. Die Russen erklären weiter, daß es ihnen unmöglich sein würde, einen allgemeinen Vertrag ohne Gewährung von Krediten einzuhalten.

Aus Genua wird gemeldet: Es ist sehr wahrscheinlich, daß Schanzer und Raibaud am Dienstag noch einen letzten Versuch gemacht haben, die Russen zur Widerlung ihres Tonos in ihrer Antwort zu bewegen.

**Die finanziellen Vorteile Russlands auf Grund des Memorandums.**

Zum Auftrage des Präsidenten der Genueser Konferenz ist der russische Delegation ein Memorandum überreicht worden, das nähere Ausführungen über die finanziellen Vorteile gibt, die aus dem Abschluß eines Vertrages auf Grund des Memorandums der politischen Unterkommission für Russland ergeben würden. Dieser Schritt ist veranlaßt worden durch die Unterredung des Außenministers Schanzer mit Tätsicherin. Letzterer hat den Wunsch ausgesprochen, die ihm von Schanzer vorgelegten Argumente in zusammengefaßter Darstellung zu erhalten. In dem Memorandum wird die Hilfeleistung, die die Russen Russland zukommen lassen wollen, näher umschrieben. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Vorschlägen nicht um eine Reihe von platonischen Versprechen handelt, sondern im Gegenteil um ein praktisches System zum Wiederaufbau Russlands.

Eine Anfrage der Russen.

Die russische Delegation in Genua hat gestern ein vom 4. Mai datiertes Schreiben Tätsicherins an Schanzer veröffentlicht, in dem gefragt wird, ob die französische Regierung jetzt ihre Zustimmung zu dem Memorandum gegeben habe, und wenn nicht, welches die Motive seien, die das Memorandum ablehnen. Die Übergabe der russischen Antwort auf das Memorandum der politischen Unterkommission wird heute mittag erwartet.

Der russische Vertreter Rakozyk erklärte gestern abend einem Journalisten, die Antwortnote der russischen Delegation bewege sich auf durchaus praktischen Bahnen und werde eine Grundlage für weitere Diskussionen bilden. Allerdings müsse die russische Delegation die Anerkennung Barthous nach einem endgültigen Ja oder Nein ablehnen.

In der "Stampa" ist gestern ein von offizieller russischer Seite inspirierter Artikel erschienen, der gegen Barthou und seinen Besuch, die Schule an einem eventuellen Scheitern der Konferenz den Russen in die Schuhe zu schieben, versucht. In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, daß die Franzosen, wenn sie von den Russen ein unzweckmäßiges Ja oder Nein fordern, ein Ultimatum stellen, das sich mit dem vor Beginn der Konferenz seitlich angelegten Charakter dieser Völkerzusammenkunft nicht verträgt.

**Der französische Ministerrat billigt die Haltung Poincarés.**

Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß der französische Ministerpräsident im Laufe seiner geistigen Sitzung die vom französischen Abordnung in Genua gegebenen Weisungen genehmigt und bestätigt hat. Unter andern Möglichkeiten soll der Ministerpräsident den Fall in Erwähnung bringen, daß eine weitere vermittelnde Rastung für den Artikel 7 der Deutschen an die Sowjet-Abordnung vorgeschlagen werde, um die Zustimmung Frankreichs und Belgiens zu erreichen. Die Regierung beschließt, in dieser Beziehung keine Zusicherung zu machen; sie ist wie bisher der Ansicht, daß die Rechte der französischen Staatsangehörigen weit das Privatbesitz streng gewahrt werden müssen.

Einlenken Barthous?

Barthou hat zu verstehen gegeben, daß ihm an einem normalen Verlauf der Konferenz gelegen sei. Er bedachtigte nicht, die Verhandlungen abbrechen, wenn die erste Antwort der Russen nicht in allen Punkten befriedigend sein sollte. Sollte die Antwort der Russen in allen Punkten unbefriedigend bleiben, so werden die Franzosen darauf bestehen, daß den Forderungen Westeuropas der Charakter eines Ultimatums gegeben wird.

Mitterand wieder in Paris.

Der Präsident der französischen Republik Mitterand ist gestern vorzeitig nach Paris zurückgekehrt. Um 11 Uhr empfing er Poincaré, mit dem er sich längere Zeit über die auswärtige Lage, besonders über die Arbeiten der Konferenz von Genua unterhielt.

Nach einem über den Ministerrat am Dienstag nachmittag ausgegebenen Communiqué sprach Mitterand in dem Ministerrat über seine Eindrücke im Nordafrika. Poincaré unterrichtete den Präsidenten und die Minister über die letzten Telegramme aus Genua.

**Die vermittelnde Tätigkeit Schanzers.**

Eine Verlautbarung der Mannschaft Stenari weist auf die vermittelnde Tätigkeit der italienischen Delegation und besonders des Ministers des Innern Schanzer hin, der, wie verlautet, eine juristische Formel für den Artikel betr. das Privatbesitz in Russland, der den Hauptgrund für die Differenzen bilden, vorgeschlagen habe. Nach dem Vorlage Schanzers soll der Grundtext des russischen Staatsbesitzes der nationalisierten Güter formell anerkannt werden, während anderseits den russischen Behörden die Anerkennung der Güter selbst zugestellt werden soll. Diese Formel bildet somit einen Mittelpunkt zwischen den beiden einander gegenüberstehenden Ausschreibungen.

**Eine französische halbamtliche Auskunft.**

Aus Paris wird gemeldet: Havas veröffentlicht eine halbamtliche Auskunft, in der es heißt: In den offiziellen französischen Kreisen, in denen man auch weiterhin ausmerksam besorgt ist über die Ereignisse in Genua und ihre Auswirkungen, hätte man gestern abend noch keine genaue Auskunft über die von den Vertretern der Sowjetregierung auf das Memorandum der alliierten Regierungen erwartete Antwort. Gewisse Ausdrücke jedoch gestatten anzunehmen, daß die englische Delegation sich in Genua bemüht, die Verhandlungen mit den Delegierten von Moskau wiederzunehmen, im Halle diese, wie es wahrscheinlich sei, nicht mit einem kategorischen Nein antworten werden. Deshalb glaubt man auch, daß die Verhandlungen noch 14 Tage oder drei Wochen dauern können. Nur alle Fälle aber ist die französische Regierung entschlossen, ihre Solidarität mit Belgien aufrechtzuerhalten, und es scheint, daß die Franzosen, die ein Teil der englischen Presse deshalb erhebt, wirklich übertreibt. Es gebe, so heißt es in der Auskunft, kein Beispiel in der Geschichte, daß eine Macht einem Alliierten gesagt hätte, wenn du nicht mit einer gewissen Nation einen Vertrag nach dem Wunscher, das ich unterschreite, abschließe, kommt es zum Bruch zwischen uns". Die Entente ausländischer Länder hat niemals die Unterordnung eines unter den andern bedeutet, und in dem vorliegenden Fall hat Frankreich, indem es sich nach Genua begeben, nicht mehr als jede andere teilnehmende Nation beabsichtigt, seine Handlungsfreiheit aufzugeben. Man darf sich also nicht wundern, daß die gegenseitige These in Genua verbreitet und heimlich von den ausgewählten Delegaten Frankreichs unterstützt wurde, aber man weißt sich in Paris anzunehmen, daß sie auch nur im entfernten die Gesinnung der britischen Delegation widerstreite. Sollte jedoch das Unabhängigkeitsfeind sein und die englische Regierung eine derartige Stellung einnehmen, so glaubt man allgemein, daß die öffentliche Meinung in Frankreich sie als absolut unannehmbar bezeichnen werde, und das umso mehr, als während der Regelung der Orientfrage beispiellos Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England bestanden haben. Die französische Regierung habe Beweise ihres Entgegenkommens und guten Willens gezeigt und niemals zu Argumenten gegriffen, die einem Einsichtserfordernis ähneln, damit ihr Standpunkt angenommen werde. Obwohl man von dem Ton einiger englischer Blätter peinlich berührt gewesen sei, sei man nicht überzeugt davon, daß die große Mehrheit des englischen Volkes der Entente cordiale tiefe gegenseitige Freundschaft, und man sei bei der Ansicht, daß die demokratische Königin George zum Schutz der britischen und der französischen Soldatenfriedhöfe, wenn sie auch keinen offiziellen Charakter trage, eine Gelegenheit bieten werde, die beiden Länder an die gemeinsame Opfer zu erinnern, die sie miteinander verbinden.

**Ein Brief Poincarés.**

Die Agence Havas teilt mit: Aufgrund der Erörterung Lloyd Georges über einen an den englischen Botschafter in Paris gerichteten Brief Poincarés zur Frage des Memorandums an die Russen, in dem nur die Sympathie Frankreichs zu Belgien erwähnt werden, hat Poincaré am 7. Mai dem Botschafter ein neues Schreiben zugeschickt, in dem er erklärt, er sei nicht auf die Auslegung gestoßen, daß Frankreich die Freundschaft mit England verlieren würde, wenn es an seine Sympathien für Belgien erinnere, ohne England ausdrücklich zu erwähnen. Es gebe keinen Franzosen, der sich nicht des englisch-französischen Zusammenvorwurfs vor und nach dem Kriege erinnere und der nicht von seinem Herzen die Fortdauer dieser freundlichen Beziehungen wünsche. In einer Frage jedoch, die allgemeines Interesse zu bestimmen scheine und die an den Grundsatz des Privatbesitzes röhre, sei es natürlich gewesen, daß Frankreich von zwei Verbündeten, für die es gleiche Freundschaft habe, nicht den verleugnen werde, dem es besonders Dank schulde.

**Pariser Pressestimmen.**

Die Pariser Abendpresse, soweit sie sich mit der Frage in Genua beschäftigt, blättert merklich zum Rückzuge. Der "Tempo" findet heute, daß die Entente noch fortdurete. Lloyd George habe, auf die Erörterung der öffentlichen Meinung außerordentlich geworden, den Drohungen, die man verbreitet habe, widersprochen. Er wolle damit augenscheinlich die Drohungen ableugnen, die neuzeitliche ministerielle Blätter unausgesetzt gegen Frankreich richteten. Das "Journal des Débats" schreibt, für den Augenblick habe Lloyd George es für notwendig gehalten, den Neuerungen zu widersprechen, die Frankreich nicht zum Nachgeben veranlaßt hätten. Offenkundlich würden seine Aussagen, namentlich die über das Ziel hinausgeschossen hätten, ebenfalls Rückzugsstellungen einnehmen. Es sei Zeit, daß man ernst werde und auf realistische Methoden verzichte. Die "Liberte" spricht von einem mißlungenen Eröffnungsverlauf. Lloyd George, der verflucht haben solle, Frankreich zu isolieren will, obendrein einen persönlichen, unseinen Feldzug gegen Poincaré zu entfesseln.

**Der Brief Lloyd Georges an Barthou.**

Die englische Delegation in Genua gibt den Wortlaut des Briefes Lloyd Georges an Barthou bekannt, auf den dieser mit einem bereits veröffentlichten Schreiben geantwortet hat. In dem Briefe Lloyd Georges heißt es: Ich bin benachrichtigt worden, daß heute in englischen Zeitungen ein Bericht über unsere Unterredung vom Sonnabend erscheint, nach dem ich erklärt habe soll, daß die Entente zwischen Frankreich und England zu Ende sei und meine Nutzgeber in mich dringen, ein Abkommen mit Deutschland zu schließen. Ich habe bereits Herrn Chamberlain, der mich während meiner Abwesenheit als Premierminister vertreten, erlaubt, dieser böswilligen Erfindung heute nachmittag im Parlament zu widersprechen, und ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Ihre Freizeit diesen beiden Behauptungen widersprechen würden. Ich erkläre darum, weil ich, wie Ihnen bekannt ist, die französisch-englische Zusammenarbeit an hoch schönen, um anzusuchen, daß in der Öffentlichkeit lügnerische Behauptungen über diesen Gegenstand verbreitet werden, und dies im Augenblick von der größten Wichtigkeit für die Beziehungen der beiden Länder ist. Vom Verteidigungsrat habe ich ein aufrichtiger Anhänger der Entente gewesen, und für mich wie für jeden Engländer hat diese Freundschaft um so größeren Wert, als sie durch gemeinsame Opfer geheiligt worden ist. Daher mein lebhafter Wunsch, daß nichts geschehen möge, was die Ausschaffungen unserer beiden großen Demokratien trennen würde, deren Zusammenhalt von so großer Wichtigkeit für den Frieden Europas ist.

**Neue Einquartierungsläden der Stadt Mainz.** Der Stadtvorstand von Mainz ist trotz der aus äußerste gelegenen Wohnungsnott abermals die Stellung von Räumen für die Unterbringung von 100 Militärs Personen, darunter Unteroffiziere mit Familien, aufgelegt worden.

**Die „gerettete“ Entente.**

Der überspannte Faden der Entente hat sich noch einmal gebogen ohne zu brechen. Ehrenklärungen Barthous und Poincarés haben Lloyd George die Möglichkeit gegeben, in aller Öffentlichkeit festzustellen, daß er, unverzüglich umbrachte von dem Schwarm neugierigster Zeitungsläufer, garnicht daran gedacht habe — das Wort vom Ende der Entente auszusprechen. Auch mit den rings brüdernden Ratgebern zur Verständigung mit Deutschland habe Lloyd George — Barthou gegenüber — niemals gedacht. Nicht ein einziges böses Wort habe der lärmähnige Walliser gesprochen — zu hören Barthou natürlich — und alle „Gefüle höchster Hochachtung, Freundschaft und Ergebenheit“ einem sich in der gläubigen Hoffnung auf das hoffentlich recht lange regentliche Leben der Union“.

Es gibt natürlich niemand in Genua oder London oder gar Paris, der den Sinn dieser Höflichkeiten nicht versteht. England hat eingesehen, daß die im Grunde erlöste neue Machtgruppierung, sobald sie äußerlich zum Ausdruck kommt, nur eine Ohnmachtgruppierung werden würde. Dem waffenstarrenden Frankreich gegenüber, dem Polen und die Schweiz zur Seite stehend, ist England, samt Italien, Deutschland und dem in der Flanke von Jugoslawien bedrohten Italien, wehrlos. Und die politische Gewissensbisse nicht so groß, daß man die auch heute noch ausschlaggebende politische Bedeutung der Waffenmacht unterschätzt. Der Augenblick zur Verstärkung alles dessen, was, scheinbar bereits als Drohungen und Andeutungen, in den Genueser Reden Lloyd Georges lebte, ist noch nicht gekommen. Das Parallelogramm der physischen Kräfte wird sich kaum beeinflussen von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, weiter in einer Weise einzustellen, die nicht nur für Deutschlands, sondern für ganz Europas Entwicklung verhängnisvoll wird.

In politischen Kreisen Deutschlands ist man gezielter Ansicht über die Vorteile, bzw. Nachteile, die eine Trennung Englands von Frankreich bietet. Selbstverständlich besteht von Seiten Frankreichs nach Fehlall der festen Ententebindungen die Gefahr völliger Hoffnunglosigkeit. Die wirtschaftliche und soziale Not eines vergewaltigten, unbeschützten Deutschland würde unzählbar groß sein. Außerdem würde vielleicht gerade das unmittelbare Geleben des Schmerzes, Kämpfenden, nach dem Vorgang der besetzten Gebiete, den moralischen Heilungsprozeß beflügeln, während unter den weiter walzenden Verbindlichkeiten die schleichende Verbindung am Börsenmarkt frisch und weniger empört als schwach und in ihrer Ausweglosigkeit verzweifelt stimmt. Auch das moralische Gewicht, das ein Frankreich sich offen ließendes England zugunsten Deutschlands in die Möglichkeit zu werben hat, ist nicht gering. Das angelsächsische Propaganda vermögen, haben wir am eigenen Leibe gespürt. Und Deutschland in der Rolle des „vergewaltigten Belgien“ könnte Impoveribilisieren lösen, die in englischer Zweckverfügung vielleicht Wunder wirken. Weitere Betrachtungen kann man sich bis zum nächsten Stoß aufstellen, den, sicherlich noch im wunderschönen Monat Mai mit seinem Entscheidungstermin, die vorläufig „gerettete“, in Wahrheit innerlich längst gescheiterte Entente erleben wird. Ein Leichnam läßt sich nicht einballen, wenn man ihn ständig der frischen Luft aussehen muß.

**Lloyd George hat sein Land hinter sich.**

Der Londoner Berichterstatter des "Petit Journal" will von einem englischen Parlamentsmitgliede, einer anerkannten Autorität in Wirtschaftsfragen, gehört haben, man solle sich in Frankreich seiner Täuschung hingeben. Mit Ausnahme einiger Schreiber habe Lloyd George alle lebenden Kräfte seines Landes hinter sich. Er befindet sich in Genua, tritt das Willens der ganzen Nation, und wenn es sich um die nationale Existenz handle, halte das gesamte Volk zusammen. „Wiederholen Sie unaufhörlich“, so habe das Parlamentsmitglied gelacht, „daß es ein großer Sieg ist, anzunehmen, der Erfolg von Genua sei für Lloyd George eine starke Notwendigkeit. Wer ihn auch morgen erleben wird, die englische Politik wird stets dieselbe bleiben. Für England gibt es nur die eine Frage: Handeln zu treiben oder unterzugeben.“

**Die Reparationsfrage ist das wirtschaftliche Hauptproblem.**

Aus Prag wird gemeldet: "Pro Libu" veröffentlicht eine Unterredung seines Genueser Korrespondenten mit dem Ministerpräsidenten Dr. Beneš, der erklärt, der Hauptziel der Konferenz bestehe darin, daß die russische Frage als der wichtigste Punkt der Konferenz bezeichnet werde, während das wirtschaftliche Hauptproblem Europas die Frage sei, wie die Reparationsnotwendigkeiten Deutschlands mit den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas in Einklang zu bringen seien. Auch sei es ein methodischer Fehler gewesen, zur Konferenz nicht mit einem genau ausgearbeiteten Programm zu kommen. Sie hätten innerpolitische Interessen den Standpunkt dort bestimmt, wo nur sachliche Rückenstellungen entscheiden sollen. Die kleine Entente habe in Genua ihre innere Feindseligkeit vollkommen erwiesen. Sie sei als vermittelnder Faktor aufgetreten und habe ihr Interesse daran bewiesen, daß sich auf der Genueser Konferenz möglichst viele Vorteile für Europa ergeben. Die Interessen der Tschechoslowakei ständen übrigens nirgends im Widerspruch zu dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, und ihre Beziehungen zum Auslande richteten sich nach dem als notwendige Voraussetzung besserer Beziehungen in Europa anerkannten Grundsätzen.

**Die Antwort an die Reparationskommission.**

Wie die Berliner Blätter hören, wird die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der Reparationskommission vom 18. April, in der sich die Reparationskommission bereit erklärt, jede praktische Anregung zu prüfen, die von der deutschen Regierung zur Lösung der Schwierigkeiten, in der sie sich befindet, vorgebracht werden könnte, heute der Reparationskommission überreicht werden. Die deutsche Antwortnote, die einen Weg zu weiteren Verhandlungen eröffnet, war Gegenstand der Besprechung der Parteiführer, die gestern in die Reichskanzlei geladen waren. Reichsfinanzminister Dr. Hermes erläuterte in großen Zügen die Note.

**Keine Revolution in Kroatien.**

Aus Wien wird gemeldet: Wie von verlässlicher Stelle in Wien eingangs Erdnährungen besagen, entpuppt die Meldung der Turiner "Stampa" von einer angeblich in Kroatien ausgebrochenen Revolution in keiner Weise den Tatjachen.

## Sur Tage im Anhänger

erläutert WTB.: Auf einigen Reichen des Zentralreviers (zum Beispiel Dortmund und Gelsenkirchen) sind etwa 20000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Grund des Streiks ist darin zu sehen, daß die Betriebe dortfeld den Vorstellungen ihres Betriebsrats entlassen hatten, weil er einen Antrag um Breit des Betriebes an die Belegschaft gerichtet hatte, wodurch er sie aufforderte, am 1. Mai zu feiern, und weil er den Steuersteiger, als dieser ihn aufforderte, den Antrag als unzulässig zu entnehmen, tatsächlich befehlte. Die Belegschaft trat darauf in den Streik, dem sich Belegschaften anderer Reichen anschlossen. Am Mittwoch, den 10. Mai, sollen Einigungskontroversen zwischen den Gewerkschaften und dem Betriebsverband unter Beteiligung von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und unter Mitwirkung des Reichskommissars Weißlich geübt werden.

Wie die Blätter aus Essen melden, ereigneten sich bei dem Ausstand der Bergarbeiter im Dortmunder Revier neue Todesfälle der Streitenden. Auf der Betriebsgrille wurden Arbeitswillige überwunden und schwer mishandelt. Auch auf der Betriebsgrille ist es zu Ausschreitungen gekommen. In der Ausdehnung des Streiks ist keine wesentliche Veränderung eingetreten.

**Die Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken.** Dem Reichstag ist laut "D. T." ein Gesetzentwurf über die Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken vorgelegt. Danach soll als zulässige Arbeitszeit eine Schichtzeit von sieben Stunden gelten. Bei Betrieben mit besonders ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen kann die Arbeitszeit auf Antrag bis 7½ Stunden verlängert werden. Durch Tarifverträge kann die Arbeitszeit abweichend von diesen Vorschriften geregelt werden.

## Die neuen Beamtenbefolgunen.

Der Reichsrat hat den Erlassungsentwurf mit der Neuregelung der Beamtenbefolgunen unverändert angenommen. Insgesamt wird der Staat mit 15 Milliarden mehr belastet, davon 7,5 Milliarden auf das Reichsverkehrsministerium, 4,5 Milliarden auf das Reichspostministerium und 3 Milliarden auf die allgemeine Finanzverwaltung entfallen. Der zuletzt genannte Betrag soll durch höhere Steuererträge gedeckt werden, während die Mehrausgaben der Betriebsverwaltungen von diesen selbst aufzubringen sind, d. h. durch neue Tarifhöhungen.

## Der Reichernährungsminister für Verbehaltung der Getreideumlage.

Im Hauptratsausschuß des Reichstages erklärte sich gestern Reichsminister Hebe für die Verbehaltung der Getreideumlage. In der Begründung dazu führte er aus, daß das Brotgetreide in demselben Umfang wie im vorherigen Jahre wiederhergestellt werden müsse, um den Brotpreis in erträglicher Höhe zu halten. Nach reißlicher Ueberlegung und im Hinblick auf die außerordentlich großen Röte breiter Massen bis in den Mittelstand hinunter habe er sich dieser Ansicht angeschlossen. Sein Vorgänger Dr. Hermes habe im vorherigen Jahre die Getreideumlage nur für den Fall als legitime bezeichnet, daß keine schwerwiegenden neuen Umstände im deutschen Wirtschaftsleben auftreten dürften. Minister Hebe betonte zum Schluß, daß leider diese gewichtigen neuen Momente eingetreten seien, daß er aber, um auf friedlichem Wege die ganze Angelegenheit zu klären, bereits Verhandlungen mit den einzelnen Wirtschaftsgruppen eingeleitet habe.

## Die französischen Kriegsschulden.

Nach der "Chicago Tribune" wird die französische Regierung die amerikanische Note über die französischen Kriegsschulden erst nach der Genfer Konferenz beantworten. Wenn die russische Kriegsschuld bei Frankreich auf Drängen der Verbündeten herabgesetzt oder ihre Rückzahlung aufgehoben werde, dann werde die französische Regierung fordern, daß dieser Grundatz auch bei der Schuldenregulierung zwischen Amerika und Frankreich angewendet werde. Falls die Verbündeten Frankreich drängen, Deutschland außer dem Moratorium für 1922 ein weiteres Moratorium zu gewähren, werde Frankreich eine gleiche Vergünstigung von eindringen verlangen.

## Die Haltung Amerikas unverändert.

Gegenüber verschiedenen Zeitungsmeldungen wird in einer Verlautbarung der Agenzia Stefani hervorgehoben, die Haltung der Vereinigten Staaten bezüglich der Genfer Konferenz sei unverändert. Die Unterredungen, die der amerikanische Botschafter Wild mit italienischen Delegierten, Lloyd George, Barak, Dr. Rathenau u. a. hatte, hätten entweder nur die Einholung von Informationen bezweckt oder nur Höflichkeitsakte befreundet.

## Tann von Schöllenbach.

Ein Börsenroman von Barr-Runkel

WJ

(Nachdruck verboten)

"Deshalb ade, mein Sohn, seien Sie während meiner Abwesenheit so artig, wie Sie können, und wenn Ihr Stolz über den sich mehrenden Reichtum allzu große Dimensionen annehmen sollte, dann denken Sie daran, wie schwer es ist, daß ein Reicher ins Himmelreich kommt, und fehlen Sie zu Ihrer natürlichen Bescheidenheit zurück! Und nun leben Sie wohl!"

### 9. Kapitel.

Zunächst schickte Tann drei Telegramme ab. Das erste ging an seinen Rechtsanwalt in Berlin und ersuchte ihn, den bedeutendsten Anwalt für Schiffsangelegenheiten in Stettin dahin zu verständigen, daß er ihn sofort im dortigen Metropol-Hotel aussuchen möge. Das zweite war an Kapitän Wild, um ihm mitzuteilen, daß eine rechtliche Kauflauf für ihn unterwegs sei, so daß er mit ziemlicher Bestimmtheit auf seine Kauflaufstellung rechnen könne. In diesem Falle möge er sich gegen sechs Uhr im Metropol-Hotel in Stettin einfinden. Das dritte Telegramm war an eben dieses Hotel gerichtet, um dort Zimmer zu bestellen. Nachdem dies alles erledigt war, blieb Tann gerade noch Zeit, den Zug zu erreichen. Als er kurz nach sechs Uhr am Metropol-Hotel vorfuhr, fand er, daß sowohl Kapitän Wild wie auch Herr Tucker, der Rechtsanwalt, auf ihn warteten.

"Sie haben Sie also wieder freigelassen, Kapitän?" sagte der Graf und schüttelte Wild die Hand.

"Nein, Herr, Sie haben sich's noch einmal überlegt und mich gar nicht festgenommen. Sie scheinen sich überhaupt noch nicht recht klar darüber zu sein, was Sie eigentlich machen wollen. Querst sah sie Vollrechtsbeamte auf den Dampfer, dann zogen sie sie wieder zurück, und eben, als ich das Schiff verließ, kamen wieder welche an Bord. Was mich anbetrifft, so wollten Sie mir anfänglich Handschellen anlegen, dann verließen Sie

## Tagegeschichte.

Deutsche Reich.

Über die Lage im Süddeutschen Metallarbeiterkreis wird dem "D. T." aus Frankfurt a. M. berichtet: Im Süddeutschland, vor allem in Württemberg und Baden, steht seit einer Reihe von Wochen großer Betriebe der metallverarbeitenden Industrie still. So groß aber die Gefahr für die Industrie ist, so ist sie doch noch weit größer für die Arbeiterschaft selber, die seit unter einer schweren wirtschaftlichen Krise zu leiden hat und vielfach die Hilfe der Gemeinden in Anspruch nehmen muß. Worum handelt es sich bei diesem Streik? Wohnfragen spielen erst in zweiter Linie eine Rolle. Es ist die Arbeitszeit, die den Streik verursacht hat. Die verschlechterte wirtschaftliche Lage hat die Notwendigkeit ergeben, daß die Unternehmer das Abkommen über die 48-Stundenwoche zum 31. Dezember 1921 kündigen und die Arbeitszeit wieder auf 48 Stunden festsetzen. Hiermit erklärt sich die Arbeiterschaft aber nicht einverstanden. Der Arbeitgeberverband in Württemberg möchte in den nun folgenden Verhandlungen den Vorschlag, daß es bei der 48-stündigen Arbeitszeit bleibe, aber ein Abnahmevertrag gesäßt werden solle. Der Schlüsseleinsatz ist in Aktion und empfahl den Arbeitern die Annahme dieses Vorschlags. Die Arbeiterschaft lehnt das ab; ebenso erfolglos blieb ein Vermittlungsvorschlag des württembergischen Arbeitsministers Keil. Das Scheitern dieser Verhandlungen führt Ende März zum Streik, an dem nicht nur die sozialistische Arbeiterschaft sich beteiligt, sondern auch die christliche und die Dirsch-Dunckerse. Der Streik ist deshalb so hartnäckig, weil die Arbeiterschaft befürchtet, daß ein Abnahmevertrag zum Abbau des Arbeitskundtags führen könnte; sie ist von dieser Meinung auch durch den Hinweis nicht abzuwenden, daß die 48-Stundenwoche doch nichts anderes bedeutet, als die Durchführung des Arbeitskundtags. Mit dem gleichen Recht könnte doch das Unternehmertum sagen, daß die 48-Stundenwoche der erste Schritt auf dem Wege zum Sechstundenstag ist, der von der kommunistischen Partei noch heute mit Eifer propagiert wird. Um den Streik zu beenden, der wichtige Betriebe, wie Benz, Daimler u. a. produktionstüchtig macht, hat der Reichsarbeitsminister vorgeschlagen, die Arbeitszeit zunächst auf 47 Wochenstunden festzusetzen und sie ab 1. Juni auf 48 Stunden zu erhöhen. Auch hiermit erklärten sich die Arbeiterschaft nicht einverstanden, wenn auch bei den Verhandlungen schon deutlich bei den Vertretern der Arbeiterschaft eine Streitfähigkeit zutage trat. Die Angst aber vor der radikalen Strömung hat sie einer Zustimmung abgehalten. Dann kam es am 18. April durch den Reichsarbeitersminister in Heidelberg zu einem neuen Vorschlag, der dahin ging, daß die Arbeitszeit auf 47 Stunden festgesetzt sei, und nur in den Betrieben, wo besondere Gründe vorliegen, 48 Stunden gearbeitet werden solle. Wohl infolge der stigenden Not erklärte sich die Arbeiterschaft diesmal bereit, den Vorschlag anzunehmen. Jetzt waren es die Arbeitgeber, die sich weigerten. Am letzten Donnerstag wurde in Stuttgart in einer Funktionskonferenz nochmals besetzt, daß sämtliche Organisationen vertreten ohne Ausnahme sich bereit erklärt, auf der Grundlage des Vermittlungsvorschlags des Reichsarbeitsministers den Kampf zu beenden, wenn auch unter der Voraussetzung, daß die übrigen Streitfragen — besonders die Wohnfrage — eine zufriedenstellende Erledigung fördern. Nun wurde in der Konferenz mit allem Nachdruck gefordert, daß jeder Vermittlungsvorschlag, der eine 48-stündige Arbeitszeit vorstellt, von den Organisationen abgelehnt wird; oder wie lange wird die Arbeiterschaft noch imstande sein, den Streik durchzuhalten? Schon sangen sie an, den Schwerpunkt zu verschieben. Geht doch eine andere Erklärung dahin, daß nicht die Frage der Arbeitszeit allein ein Hindernisgrund ist, sondern daß es sich neben der Frage der Arbeitszeit um sehr materielle Dinge handelt. Die Sage scheint demnach so, daß die Arbeiterschaft jetzt eine Art Rückzugsgesetz anstreben im Begriffe ist, bei dem sie hofft, wenigstens in materieller Hinsicht leichter zu bleiben.

**Strafantrag gegen D. Traub.** Die Zeitung "Der Reichsbote" und die Wochenzeitung "Der Reichswart" haben unlängst neben verschiedenen anderen falschen Behauptungen die Nachricht verbreitet, der Reichspräsident hätte bei einem Empfangsabend im Februar 1921 die "Marschallasse" und "God save the King" spielen lassen. Auf Grund des Berichts des Preßes, gesegneten wurden beide Blätter sofort verurteilt, eine Verichtigung des Reichspräsidenten aufzunehmen, welche neben den anderen Behauptungen auch diese Erzählung als freie Erfindung bezeichnete. Trotzdem behauptet D. Traub in der Münchner-Augsburger Abendzeitung vom 6. Mai in einem "Der Anfang zur Linie" überbeschriebenen Artikel aufs neue, der Reichspräsident hätte im Februar 1921 seinen Gästen die "Marschallasse" und "God save the King" vorgespielt lassen. Wie wir hören, hat der Reichspräsident nunmehr wegen dieser verleumderischen Behauptung gegen den D. Traub Strafantrag gestellt.

**Das Fürstgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten** gibt bekannt, daß die Polizei zur Meldung der Aufstands-Schäden der oberschlesischen Beamten am 15. Mai 1922 ab-

sich untereinander und fragten mich, ob ich Kauflauf erlegen könnte. Da ich nun noch nicht wußte, wie Sie darüber dachten, so verweigerte ich jede Kauflauf."

"Das ist das Beste, was man tun kann, wenn man noch keine Verhaltungsmaßregeln hat!" warf Herr Tucker ein. "Worum dreht sich denn eigentlich die Geschichte, Herr Graf?"

"Es ist ein ziemlich verwirrender Fall, verehrter Herr!" meinte Tann und strecte sich in den bequemen Sessel aus, den er finden konnte. "Vorher wird es überhaupt nicht nötig sein, Sie in die ganze Sache einzuhülen!"

Der Anwalt schüttelte zweifelnd den Kopf.

"Wenn ich Ihnen wirklich helfen soll, Herr Graf," erklärte er, "so ist es entschieden nötig, daß Sie mir alles sagen, damit ich klar in der Sache sehe! Ein Punkt, der dem Falten ganz unwichtig scheint, ist oft von schwerwiegender Bedeutung."

"Gut, Herr Rechtsanwalt! Der erste Punkt, den ich Sie zu beachten bitte, ist, daß ich in der ganzen Sache nicht genannt werde. Niemand darf wissen, wer Ihre Auftraggeber ist. Zweitens wünsche ich nicht, daß es zu einer Gerichtsverhandlung kommt. Ich könnte die Sache ja in zehn Minuten ordnen, wenn ich zu dem sehr ehrenwerten Konrad Schwarz ginge, der leichtsinnigerweise die Behörden angerufen hat; aber ich würde das sehr unfair finden, denn ich würde dadurch einen hervorragenden Vertreter des Rechts, wie Sie, Herr Rechtsanwalt, um seinen ehrenhaften Verdienst bringen."

Der Anwalt quittierte diese Bemerkung mit einer abgemessenen Verbeugung, die wohl bekunden sollte, daß bei aller Hochachtung vor dem Grafen doch dessen sarkastische Reden nicht gutheißen könne.

"Ich gebe meinen Mandanten stets den Rat, das Progester zu vermeiden, wenn es irgend möglich ist," erwiederte er.

"Sehr richtig, Herr Rechtsanwalt, sehr richtig!" entgegnete Tann. "Und das ist auch eine sehr empfehlenswerte Taktik, solange der Rat so gegeben wird, daß der Mandant nicht überzeugt wird. Nun also zur Sache: Der Dampfer 'Rajah' gehört mir, aber er ist von dem vor-

läufig, Schadensanträge, die später gestellt werden, werden vom Fürstgeamt nicht bearbeitet; ihre Erledigung bleibt vielmehr änderer geistlicher Regierung vorbehalten.

**Eine Verwechslung.** Im englischen Unterhaus fragte James, ob die deutsche Regierung an ihrem diplomatischen Vertreter in Russland eine Verbindlichkeit ernannt habe, welche bis vor kurzem Leiter der Konsulat in Wien war, und ob das Auswärtiges Amt Kenntnis davon hätte, daß die Sowjetregierung Krupp gewisse Koncessionen in Russland gewährt habe, einschließlich des Bananen und der Zeitung einer großen Pflanzenfabrik in der Nähe von Moskau. Winter erklärte im Namen des Auswärtigen Amtes, er habe keine Kenntnis von der erwähnten Ernennung. Krupp sei in Russland eine Koncession von der Sowjetregierung gewährt worden, aber über ihren Charakter sei er nicht unterrichtet. — Anmerkung des WTB: Der Unterstallant dürfte einer Verwechslung zum Opfer gefallen sein. Der deutsche Vertreter in Moskau heißt Wiedenfeld und hat mit dem früheren Direktor der Aktiengesellschaft Krupp, Herrn Wiedenfeld, der bekanntlich deutscher Botschafter in Washington ist, nichts zu tun.

**Freistaat Memelland.** Aus Memel wird gemeldet: Wie das "Danzigpost" melbet, hat die von der Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memelland unter den Wahlberechtigten Einwohnern verantwortete Unterschriftenammlung aller dieser, die sich für den Freistaat Memelland erklärten, ergeben, daß sich von den rund 140000 Köpfen abhenden Bewohner des Memellandes 54429 für den Freistaat eingeschrieben haben; das ist fast die gesamte auf etwa 56000 Köpfen zu veranschlagende stimmberechtigte Bevölkerung.

**Die neue Reparationsrate wird vorsätzlich bezahlt.** Wie die Berliner Blätter von außländiger Stelle erführen, wird die Rate von 50 Millionen Goldmark, die die Reparationskommission für den 15. Mai vorschreibt, vorsätzlich bezahlt werden. — Zu den bevorstehenden Treffen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes nach Paris erläuterte die Berliner Blätter, daß Dr. Hermes bei den Verhandlungen in Paris den ganzen Komplex der Reparationssachen behandeln will; so auch die Frage der Belagungskosten und der Spezialabkommen.

**Otto v. Hirschfeld gestorben.** Der ehemalige Bahnrich Otto v. Hirschfeld, der wegen seines Attentats auf Erzberger zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist jetzt auf Grund ärztlicher Gutachten für geisteskrank erklärt worden. Bei der Berliner Strafvollstreckungsbehörde soll der Antrag gestellt werden, Hirschfeld mit Einsicht auf seinen Zustand aus der Strafhaft zu entlassen. Seine Strafe wäre im Februar d. J. verübt gewesen, wenn sein Aufenthalt in einer Irrenanstalt auf die Strafzeit angerechnet worden wäre.

**Im Beamtenauskunft des Reichstages wurden die Anträge zu § 38 des Beamtenübereigentes abgelehnt, die entweder allgemeines Mitbestimmungsrecht in persönlichem Interessenbelangen (Antrag des Abg. Steinopff, Soz.) oder das selbe Recht für bestimmte Fälle festlegen wollten.**

## Republik Oekorea.

**Die neuen Beamtenförderungen.** Der Ministerrat beriet Montag über die Forderungen der Beamten. Auf Einladung des Bundeskanzlers waren verschiedene Beamtenorganisationen erschienen. Der Bundeskanzler legte im Zusammenhang mit den schwedischen Kreditverhandlungen die gegenwärtige Finanzlage des Staates dar, die es der Regierung zurzeit unmöglich mache, die Forderungen der Beamten rechts zu erfüllen.

## Dänemark.

**Das deutsch-dänische Abkommen.** Das "Folketing" verhandelte gestern über die Ratifikation des deutsch-dänischen Abkommens. Minister des Neuen Scavenus schilderte den Verlauf der Verhandlungen, die in sachlicher Weise unter Ausschluß politischer Gesichtspunkte geführt worden seien. Er freue sich, erklären zu können, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, das geeignet sei, den Kontakt der Verbindlichkeit zwischen dem deutschen und dem dänischen Volke zu stärken. Zwischen den Regierungen der beiden Länder herrschten gute und freundliche Beziehungen. Es sei wünschenswert, daß das Gleiche in steigendem Maße zwischen dem deutschen und dänischen Bevölkerung in Nordfriesland der Fall werde. Das vorliegende Abkommen müsse als zuständestellend für beide Länder bezeichnet werden. Auf beiden Seiten sei der Wille vorhanden gewesen, von den aufgestellten Forderungen Abschläge zu machen. Der Minister empfahl dem Folketing zum Schluß, die Einwilligung zur Ratifikation des Abkommens zu erteilen.

**Gröba.** Bestellungen auf das täglich erscheinende "Blaues Tageblatt" nimmt jederzeit entgegen. Brau Almoe verw. Niedel, Gröba, Alleestraße 2.

genannten Konrad Schwarz auf mehrere Monate gechartert worden. — Nun, der vorgenannte Konrad Schwarz ist einer der größten und gewissenlossten Schurken, die an der Börse in Berlin wirken. Ich weiß wohl, daß die Gelegenheit dazu da sind, damit die Gerichtshöfe Strafanfälle, die ihnen vorgelegt werden, in kürzester Frist erleidigen; aber trotzdem ist es mein ausdrücklicher Wunsch, daß in diesem Falle die Gelegenheit gerade in entgegengesetzter Weise angewandt werden, daß der Prozeß so lange hinausgeschoben wird wie nur möglich, sei es durch Beschlüsse, Einschränkungen, Einreden, Rechtsanwälte, Kreuzfragen oder was Sie sonst für gut finden. Sobald Sie merken, daß Sie in die Enge getrieben werden und daß sich eine öffentliche Gerichtsverhandlung nicht mehr länger vermeiden läßt, so telegraphieren Sie mir und Sie werden erstaunt sein, wie schnell alles unterdrückt wird!

Wieder verneigte sich der Anwalt sehr feierlich.

"Ich glaube Sie verstanden zu haben, Herr Graf!" sprach er mit Nachdruck.

"Ich bin davon überzeugt, und ich hoffe, Sie werden mir das Vergnügen machen, dies schnelle Begegnung mit auf Ihre Liquidation zu legen. Ich gestehe Ihnen ganz offen, daß nichts mit größere Freude gewährt als das Zahlen angemessener Honorare an tüchtige und verdienstvolle Leute. Und noch eins: Sollen die Beute es noch einmal versuchen, Kapitän Wild zu belästigen, so nehmen Sie ihn in Schuß, ich leiste jede geforderte Kauflauf, wie hoch sie auch sein möge! Und nun, Herr Rechtsanwalt, wenn Sie die Güte haben wollen, mir Ihre Adresse zu geben, so legen Sie den Fall vertraulich in Ihre Hände!"

Herr Tucker kannte Tann's Wunsch noch und empfahl sich dann. Auch Kapitän Wild stand auf; aber Tann erschützte ihn, wieder Platz zu nehmen.

"Seien Sie sich noch einen Augenblick, Kapitän! Ist die 'Schöllenbach' bereits in See gegangen?"

(Fortsetzung folgt)

